

RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung

Frühsommer 2025: Deutsche Wirtschaft macht erste Schritte aus der Krise

Impressum

Herausgeber:

RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung

Hohenzollernstraße 1-3 | 45128 Essen, Germany

Postanschrift

Postfach 10 30 54 | 45030 Essen, Germany

Fon: +49 201-81 49-0 | E-Mail: rwi@rwi-essen.de

www.rwi-essen.de

Vorstand

Prof. Dr. Dr. h.c. Christoph M. Schmidt (Präsident)

Prof. Dr. Thomas K. Bauer (Vizepräsident)

Dr. Stefan Rumpf (Administrativer Vorstand)

Prof. Dr. Kerstin Schneider (Mitglied des erweiterten Vorstands)

© RWI 2025

Der Nachdruck, auch auszugsweise, ist nur mit Genehmigung des RWI gestattet.

RWI Konjunkturbericht

Schriftleitung: Prof. Dr. Dr. h. c. Christoph M. Schmidt

Gestaltung: Magdalena Franke, Silvia Mühlbauer

Frühsommer 2025: Deutsche Wirtschaft macht erste Schritte aus der Krise

ISSN 1861-6305 (online)



Das RWI wird vom Bund und vom Land
Nordrhein-Westfalen gefördert.



Frühsommer 2025: Deutsche Wirtschaft macht erste Schritte aus der Krise¹

Torsten Schmidt, Boris Blagov, Eliana Coschignano, Maximilian Dirks, Niklas Isaak, Florian Kirsch, Stefan Kotz, Clara Krause und Philip Schacht-Picozzi

Inhaltsverzeichnis

Kurzfassung	3
Summary	5
1. Wirtschaftsleistung zu Jahresbeginn in schwierigem Umfeld gesteigert.....	7
2. Binnennachfrage erhält Impulse von der Wirtschaftspolitik.....	11
2.1 Außenhandel von Zollstreit belastet	13
2.2 Ausrüstungsinvestitionen vorerst nur dank Staat im Plus.....	15
2.3 Baurezession überwunden	16
2.4 Moderate Erholung des privaten Konsums	17
2.5 Staatskonsum zieht an	17
3. Licht am Ende des Tunnels im Verarbeitenden Gewerbe.....	18
4. Stabilisierung am Arbeitsmarkt in Sicht	19
5. Verlangsamte Lohndynamik im kommenden Jahr.....	21
6. Langsamer Inflationsrückgang setzt sich fort	21
7. Neuer Finanzrahmen sorgt bald für steigende Ausgaben	21
8. Risiken.....	22
9. Literatur.....	23
Anhang	24
Kasten Zu den Effekten der Zollpolitik auf den Containerumschlag in den US-Häfen	9

¹ Abgeschlossen am 11.6.2025. Die Verfasser danken Silvia Mühlbauer für die technische Unterstützung, Oskar Langert für die Mitarbeit sowie Christoph M. Schmidt für hilfreiche Anmerkungen zu einer früheren Fassung.

Kurzfassung: Die Wirtschaftsleistung in Deutschland hat sich trotz eines schwieriger gewordenen internationalen Umfeldes im ersten Quartal deutlich erhöht. Allerdings ist dieser Anstieg des BIP um 0,4% wohl zu einem deutlichen Teil auf Vorzieheffekte bei den Exporten zurückzuführen, die mit der erratisch wirkenden US-amerikanischen Zollpolitik in Zusammenhang stehen. Die nun seit Anfang Juni geltenden Zölle auf Einfuhren von Stahl und Aluminium in die USA von 20 auf 50% dürften die Einfuhren dieser Waren dämpfen. Der private Konsum ist im ersten Quartal ebenfalls recht kräftig ausgeweitet worden: Obwohl die Unsicherheitsindikatoren weiterhin auf hohem Niveau liegen und auch die Arbeitslosigkeit gestiegen ist, hat sich in diesem Zeitraum die Konsumentenstimmung verbessert.

Für das zweite Quartal zeichnet sich zunächst eine deutliche Abschwächung des Expansions-tempos ab. Der Rückgang der Exporte im April, der vor allem auf einen deutlichen Rückgang der Exporte in die USA zurückzuführen ist, deutet auf eine Reaktion auf die Vorzieheffekte des ersten Quartals hin. Zudem gehen wir davon aus, dass der private Konsum das hohe Expansionstempo vom ersten Quartal nicht halten wird. Darauf deuten auch die stark rückläufigen realen Einzelhandelsumsätze im April hin.

In der zweiten Jahreshälfte dürften sich die konjunkturellen Auftriebskräfte etwas verstärken. Zwar werden aller Voraussicht nach die außenwirtschaftlichen Belastungen durch die höheren Zölle auf US-Importe von Stahl und Aluminium weiterhin Bestand haben. In dieser Prognose ist aber unterstellt, dass es weder zu Gegenmaßnahmen von Seiten der EU kommt, noch gehen wir davon aus, dass die USA weitere Zölle erheben. Da diese Annahmen mit erheblicher Unsicherheit verbunden sind, sind auch weiterhin dämpfende Effekte durch die erhöhte handelspolitische Unsicherheit zu erwarten. Dies dürfte die deutschen Exporte auch in der zweiten Jahreshälfte weiter dämpfen. Die zunehmende Nachfrage nach deutschen Waren und Dienstleistungen aus anderen Weltregionen werden diese Effekte aber wohl nach und nach kompensieren.

Den außenwirtschaftlichen Belastungen treten in der zweiten Jahreshälfte zunehmend stützende binnenwirtschaftliche Impulse gegenüber. Die zuletzt zu beobachtende Verbesserung der Stimmung bei Unternehmen und Verbrauchern dürfte zu einem nicht unbedeutenden Teil mit Erwartungen an die Fähigkeit der neuen Bundesregierung zu einem Neustart verbunden sein. Damit diese Stimmungsaufhellung auch tatsächlich zu einer steigenden Investitions- und Konsumbereitschaft führt, müssen in den kommenden Wochen und Monaten aber auch vonseiten der Bundesregierung die Weichen für mehr Wachstum gestellt werden. Mit dem Investitionsprogramm und nun auch mit den jüngsten Beschlüssen des Koalitionsausschusses sind einige Voraussetzungen dafür geschaffen worden. Weitere Schritte müssen aber nun folgen.

Vor diesem Hintergrund ist zu erwarten, dass vor allem die privaten Investitionen angesichts sinkender Zinsen und einer steigenden öffentlichen Nachfrage im Prognosezeitraum in deutlich höherem Tempo ausgeweitet werden als zuvor. Allerdings bleiben die strukturellen Probleme weiter bestehen und begrenzen somit nach wie vor das kurzfristige Erholungspotenzial der deutschen Wirtschaft. Insgesamt dürfte das gesamtwirtschaftliche Expansionstempo in der zweiten Jahreshälfte wieder zunehmen. Im Jahresdurchschnitt ist eine Ausweitung des BIP in diesem Jahr von 0,3% zu erwarten. Im kommenden Jahr, wenn die Impulse der öffentlichen Investitionen zunehmen, dürfte das BIP um 1,5% ausgeweitet werden. Der Zuwachs liegt damit deutlich über dem Zuwachs des Produktionspotenzials, der im kommenden Jahr bei etwa 0,3% liegen dürfte. Die Produktionslücke dürfte damit im kommenden Jahr deutlich zurückgehen.

Im ersten Quartal 2025 blieb die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland saisonbereinigt gegenüber dem Vorquartal unverändert. Die Arbeitslosenzahl lag im Mai 2025 um 197.000 höher als im Mai des Vorjahres. Dennoch sank die Arbeitslosenquote leicht um 0,1 Prozentpunkte auf

6,2%. Inzwischen deuten aber einige Indikatoren darauf hin, dass weniger Unternehmen in Deutschland planen, Stellen abzubauen. Insgesamt ist zu erwarten, dass die Arbeitslosenquote dieses Jahr auf durchschnittlich 6,3% steigen und im kommenden Jahr wieder leicht auf 6,2% sinken wird.

Die Inflation lag im Mai voraussichtlich bei 2,1%. Sinkende Energiepreise sowie eine niedrige Teuerungsrate bei den übrigen Waren trugen dazu bei, dass die Inflationsrate in diesem Jahr kontinuierlich, wenngleich langsam, zurückgegangen ist. Für dieses Jahr werden weiterhin leicht sinkende Energiepreise und für das Jahr 2026 leicht steigende Preise erwartet. Hierzu dürfte die zu erwartende Erhöhung des nationalen CO₂-Preises für Brennstoffe innerhalb des eröffneten Preiskorridors ab Beginn des nächsten Jahres einen Beitrag leisten. Insgesamt wird erwartet, dass die Preise im Jahr 2025 um 2,2% und im Jahr 2026 um 2,0% steigen werden.

Anfang des Jahres 2025 hat der Bundestag mit der neuen Finanzverfassung die Weichen für höhere staatliche Ausgaben gestellt. Bis die erweiterten Möglichkeiten zur Aufnahme neuer Schulden und zu Ausgaben aus Sondervermögen jedoch in nennenswertem Ausmaß genutzt werden, dürfte noch etwas Zeit vergehen. Neue Projekte haben wegen Planung und Beschaffung gewisse Vorlaufzeiten, so dass sich Impulse auf die staatlichen Ausgaben erst ab dem kommenden Jahr materialisieren. Die Finanzpolitik ist im Prognosezeitraum daher zunehmend expansiv ausgerichtet. In Relation zum BIP dürfte das Finanzierungsdefizit des Staates im Jahr 2025 mit 2,6% etwas kleiner sein als im vergangenen Jahr. Im kommenden Jahr steigt das Defizit wohl allerdings wieder auf 2,9% des BIP. Die Maastricht-Schuldenstandsquote der öffentlichen Haushalte dürfte über 65% im Jahr 2025 auf etwa 66% zum Ende des Jahres 2026 steigen.

Tabelle

Eckwerte der Prognose

2023 bis 2026

	2023	2024	2025 ^p	2026 ^p
Bruttoinlandsprodukt ¹ , Veränd. in %	-0,3	-0,2	0,3	1,5
Erwerbstätige ² , in 1000	46 011	46 081	46 051	46 043
Arbeitslose ³ , in 1000	2 609	2 787	2 946	2 914
Arbeitslosenquote ^{3,4} , in %	5,7	6,0	6,3	6,2
Verbraucherpreise, Veränderung in %	5,9	2,3	2,2	2,0
Lohnstückkosten ⁵ , Veränderung in %	6,7	5,6	3,3	1,4
Finanzierungssaldo des Staates ⁶				
in Mrd. €	-103,8	-115,6	-113,1	-129,7
in % des BIP	-2,5	-2,7	-2,6	-2,9
Leistungsbilanzsaldo ⁷				
in Mrd. €	232,8	246,7	226,7	230,7
in % des BIP	5,6	5,7	5,1	5,0

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (Destatis), der Deutschen Bundesbank und der Bundesagentur für Arbeit. - ¹Preisbereinigt. - ²Im Inland. - ³Nationale Abgrenzung. - ⁴Bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen. - ⁵Arbeitnehmerentgelte je Beschäftigten bezogen auf das reale BIP je Erwerbstätigen. - ⁶In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. - ⁷In der Abgrenzung der Leistungsbilanzstatistik. - ^pEigene Prognose.

Summary: *Economic output in Germany rose significantly in the first quarter despite a more difficult international environment. However, the 0.4% increase in GDP is likely to be largely attributable to anticipation effects in exports related to the erratic US tariff policy. The tariffs on imports of steel and aluminum into the US, which have been in effect since the beginning of June, are likely to dampen imports of these goods. Private consumption also expanded quite strongly in the first quarter, despite the fact that uncertainty indicators remain high and unemployment has risen. Nevertheless, consumer sentiment improved during this period.*

Nevertheless, the pace of expansion is expected to slow significantly in the second quarter. The decline in exports in April, which is mainly attributable to a sharp drop in exports to the US, appears to be a reaction to the anticipation effects in the first quarter. In addition, tariffs on steel and aluminum came back into force at the beginning of June, which will continue to dampen exports of these goods in the future. We also assume that private consumption will not maintain the high pace of expansion seen in the first quarter. This is also indicated by the sharp decline in real retail sales in April.

In the second half of the year, the economic upturn is likely to strengthen somewhat. Although the external economic pressures caused by higher tariffs on US imports of steel and aluminum are likely to persist, this forecast assumes that there will be no countermeasures on the part of the EU and that the US will not impose further tariffs. As this assumption is subject to considerable uncertainty, dampening effects from increased trade policy uncertainty are still to be expected. This is likely to continue to dampen German exports in the second half of the year. However, increasing demand for German goods and services from other regions of the world should gradually compensate for this.

However, external economic pressures will increasingly be offset by domestic economic momentum. The recent improvement in business and consumer sentiment is likely to be linked to a significant extent to expectations of the new federal government. In order for this improvement in sentiment to actually lead to an increase in investment and consumption, the federal government must also set the course for more growth in the coming weeks and months. The investment program and now also the latest decisions of the coalition committee have created some of the conditions for this. However, further steps must now follow.

Against this backdrop, it is to be expected that private investment in particular will expand at a significantly faster pace than before during the forecast period, given falling interest rates and rising public demand. However, structural problems remain and are also limiting the short-term recovery potential of the German economy. Overall, the pace of macroeconomic expansion is likely to pick up again in the second half of the year. On average for the year, GDP is expected to grow by 0.3% this year. Next year, when the stimulus from public investment is likely to increase, GDP is expected to grow by 1.5%. This growth is significantly higher than the growth in production potential, which is expected to be around 0.3% next year. The output gap is therefore likely to narrow significantly next year.

In the first quarter of 2025, the seasonally adjusted number of people in employment in Germany remained unchanged compared with the previous quarter. In May 2025, the number of unemployed was 197,000 higher than in May of the previous year. Nevertheless, the unemployment rate fell slightly by 0.1 percentage points to 6.2%. However, some indicators now suggest that fewer companies in Germany are planning to cut jobs. Overall, the unemployment rate is expected to rise to an average of 6.3% this year and fall slightly to 6.2% next year.

Inflation is expected to be 2.1% in May. Falling energy prices and low inflation rates for other goods contributed to a steady, albeit slow, decline in the inflation rate this year. Energy prices

are expected to continue to fall slightly this year and rise slightly in 2026. The expected increase in the national CO₂ price for fuels within the price corridor opened at the beginning of next year is likely to contribute to this. Overall, prices are expected to rise by 2.2% in 2025 and 2.0% in 2026.

At the beginning of 2025, the Bundestag set the course for higher government spending with the new financial constitution. However, it will likely take some time before the expanded possibilities for taking on new debt and spending from special funds are noticeably utilized. New projects have certain lead times due to planning and procurement, so that the impact on government spending will only materialize from next year onwards. Fiscal policy is therefore increasingly expansionary in the forecast period. In relation to GDP, the government's financing deficit is likely to be slightly smaller in 2025 at 2.6% than in the previous year. Next year, however, the deficit is likely to rise again to 2.9% of GDP. The Maastricht debt ratio of public finances is expected to rise from over 65% in 2025 to around 66% at the end of 2026.

Key forecast Data 2023 to 2026

	2023	2024	2025 ^f	2026 ^f
Gross Domestic Product ¹ , change in percent	-0.3	-0.2	0.3	1.5
Employed persons ² , in 1000	46 011	46 081	46 051	46 043
Unemployed ³ , in 1000	2 609	2 787	2 946	2 914
Unemployment rate ^{3,4} , in percent	5.7	6.0	6.3	6.2
Consumer prices, change in percent	5.9	2.3	2.2	2.0
Labor unit costs ⁵ , change in percent	6.7	5.6	3.3	1.4
Fiscal balance ⁶				
in EUR bn	-103.8	-115.6	-113.1	-129.7
in percent of GDP	-2.5	-2.7	-2.6	-2.9
Current account balance ⁷				
in EUR bn	232.8	246.7	226.7	230.7
in percent of GDP	5.6	5.7	5.1	5.0

RWI calculations based on data provided by the German Statistical Office (Destatis), Deutsche Bundesbank, and the Federal Employment Agency. – ¹In real terms. – ²Domestic. – ³National concept. – ⁴In % of civilian labor force. – ⁵Compensation per employee divided by real GDP per employed person. – ⁶National Accounts concept. – ⁷Balance of payments concept. – ^fForecast.

1. Wirtschaftsleistung zu Jahresbeginn in schwierigem Umfeld gesteigert

Die Wirtschaftsleistung in Deutschland hat sich trotz eines schwieriger gewordenen internationalen Umfeldes im ersten Quartal deutlich erhöht. Allerdings ist der Anstieg des BIP um 0,4% zu einem deutlichen Teil auf Vorzieheffekte bei den Exporten zurückzuführen, die mit der erratischen wirkenden US-amerikanischen Zollpolitik in Zusammenhang stehen. So deutet der starke Anstieg der Exporte in die USA im März mit dem anschließenden deutlichen Rückgang im April darauf hin, dass Lieferungen in die USA vorgezogen wurden, um die zunächst ab April geltenden höheren Zölle zu vermeiden. Diese Vorzieheffekte bei den Exporten können wohl auch teilweise das kräftige Minus bei den Vorratsveränderungen erklären.

Die nun seit Anfang Juni von 20% auf 50% gestiegenen Zölle auf Einfuhren von Stahl und Aluminium in die USA dürften die Einfuhren dieser Waren dämpfen. Wie stark diese Effekte sind, hängt aber auch von der Geltungsdauer der höheren Zölle ab. Derzeit finden Gespräche zwischen der EU und den USA statt, um die erhobenen Zölle wieder zu senken. Es zeichnet sich jedoch noch keine Einigung ab, so dass wir in unseren Analysen davon ausgehen, dass die Zölle zunächst in Kraft bleiben. Zudem läuft die im April verkündete Frist für die Aussetzung der Zölle von 90 Tagen bei den übrigen Waren ab, so dass mit weiteren Belastungen zu rechnen ist. Auf jeden Fall wird die mit der derzeitigen Handelspolitik verbundene Unsicherheit weiterhin hoch bleiben und für sich genommen den Warenaustausch mit den USA belasten.

Der private Konsum ist im ersten Quartal ebenfalls recht kräftig ausgeweitet worden: Obwohl die Unsicherheitsindikatoren weiterhin auf hohem Niveau sind und auch die Arbeitslosigkeit gestiegen ist, hat sich in diesem Zeitraum die Konsumentenstimmung verbessert. Auch die Unternehmen beurteilen inzwischen ihre Aussichten seit einigen Monaten in Folge besser als zuvor. Zu dieser Verbesserung der Stimmung dürfte die Schaffung des Sondervermögens für die Modernisierung der Infrastruktur sowie die Grundgesetzänderungen zur Ausweitung der Verschuldungsspielräume des Bundes beigetragen haben.

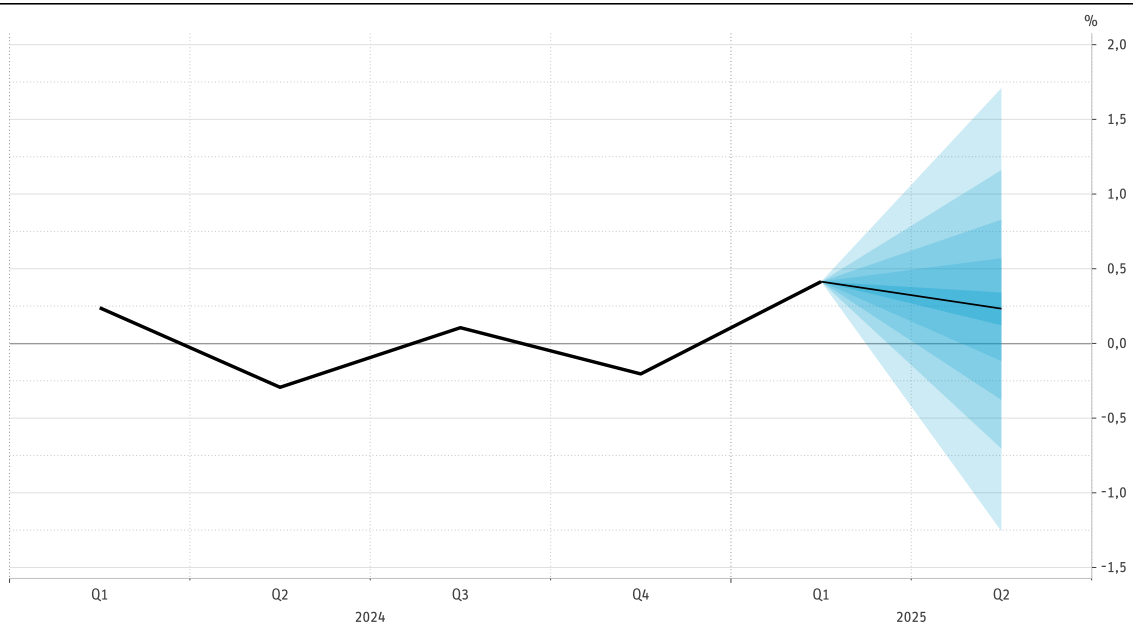
Für das zweite Quartal zeichnet sich zunächst aber eine deutliche Abschwächung des Expansionstempos ab. Der deutliche Rückgang der Exporte im April, der vor allem auf einen deutlichen Rückgang der Exporte in die USA zurückzuführen ist, deutet auf eine Reaktion auf die Vorzieheffekte im ersten Quartal hin. Dazu kommt, dass ab Anfang Juni wieder ausgesprochen hohe Zölle auf Stahl und Aluminium in Kraft getreten sind, die die Exporte dieser Waren auch in Zukunft dämpfen werden. Da es sich um eine begrenzte Warengruppe handelt, sind die gesamtwirtschaftlichen Wirkungen allerdings begrenzt.

Zudem gehen wir davon aus, dass der private Konsum das hohe Expansionstempo vom ersten Quartal nicht halten wird. Darauf deuten die stark rückläufigen realen Einzelhandelsumsätze im April hin. Für die Folgemonate lässt die Verbesserung des Konsumklimas einen leichten Anstieg des privaten Konsums erwarten. Eine durchgreifende Verbesserung zeigt sich bisher allerdings nicht. Hierzu dürften auch die Arbeitsmarktperspektiven beitragen. Zwar verbessert sich das Beschäftigungsbarometer des IAB seit April leicht. Eine durchgreifende Trendwende zeigt sich aber auch hier nicht. Das Nowcasting-Modell prognostiziert für das zweite Quartal eine Zuwachsrate von 0,2% und deutet demnach eine Verringerung der Zuwachsrate des BIP an (Schaubild 1). Allerdings gehen wir davon aus, dass in dem Modell der Vorzieheffekt bei den Exporten nicht ausreichend berücksichtigt ist, so dass wir in unserer Prognose von diesem Wert nach unten abweichen: Wir erwarten für das zweite Quartal eine Stagnation des BIP.

Schaubild 1

Modellprognose der BIP-Zuwachsraten

Veränderungen gegenüber dem Vorquartal in %



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. Prognose mit dem vom RWI verwendeten Mixed-Frequency-VAR-Modell (Döhrn et al., 2018: 29-31).

Kasten

Zu den Effekten der Zollpolitik auf den Containerumschlag in den US-Häfen

Der neue US-Präsident hat bereits im Wahlkampf wiederholt Zölle auf Importe in die USA angekündigt. Durch seinen Wahlerfolg im November 2024 ist die Umsetzung der Ankündigungen wahrscheinlicher geworden. Die konkreten Maßnahmen wurden am 2. April dieses Jahres vorgestellt. Angesichts des zeitlichen Vorlaufs ist zu erwarten, dass sich die ausländischen Exporteure bereits vor der Einführung der Zölle darauf eingestellt haben.

Eine Reihe der betroffenen Exportländer hatte bereits im Vorfeld der Anhebung der Zollsätze durch die USA Gegenmaßnahmen angekündigt. Die chinesische Regierung hat bereits zwei Tage später reagiert und Vergeltungszölle in Höhe von 34% auf US-Exporte angekündigt. In der Folge kam es zu weiteren gegenseitigen Anhebungen der Zollsätze. Durch bilaterale Verhandlungen am 12. Mai wurde beschlossen, die gegenseitigen Zollerhöhungen für 90 Tage auszusetzen. Ende Mai kündigte Präsident Trump darüber hinaus an, die geplanten Zollerhöhungen um 50% auf EU-Industrieprodukte bis zum 9. Juli 2025 auszusetzen.

Die Verteuerung von Importen lässt erwarten, dass die Nachfrage nach importierten Waren in den USA zurückgeht. Zudem zeigen empirische Studien, dass Ankündigungseffekte z.B. bei der Erhöhung von Mehrwertsteuersätzen zu Vorzieheffekten führen. Allerdings waren die Ankündigungen von Zollerhöhungen vor der Wahl des Präsidenten nicht verbindlich, so dass auch deshalb unklar ist, wie stark die Effekte ausfallen. Nach der Einführung der Zölle war die Geltungsdauer relativ kurz, so dass ebenfalls unklar ist, ob Reaktionen zu erkennen sind.

Im Folgenden werden die Containerumschläge in ausgewählten US-amerikanischen Häfen betrachtet (Schaubild). Dabei wird zwischen Häfen an der Ostküste und der Westküste unterschieden, da in Häfen an der Westküste vor allem der Handel mit China abgewickelt wird, während in den Häfen der Ostküste der Handel mit Europa stattfindet.

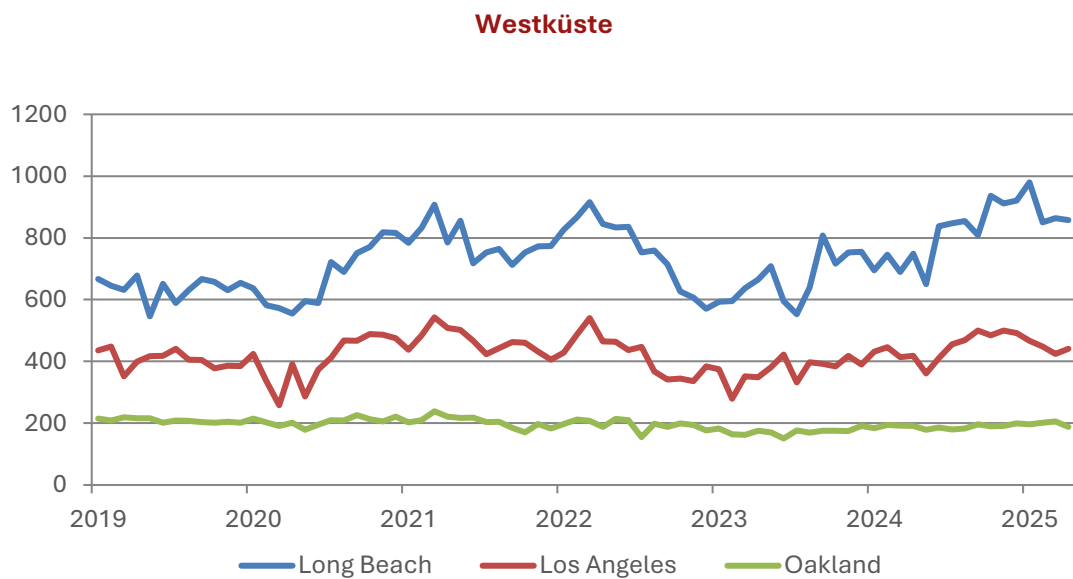
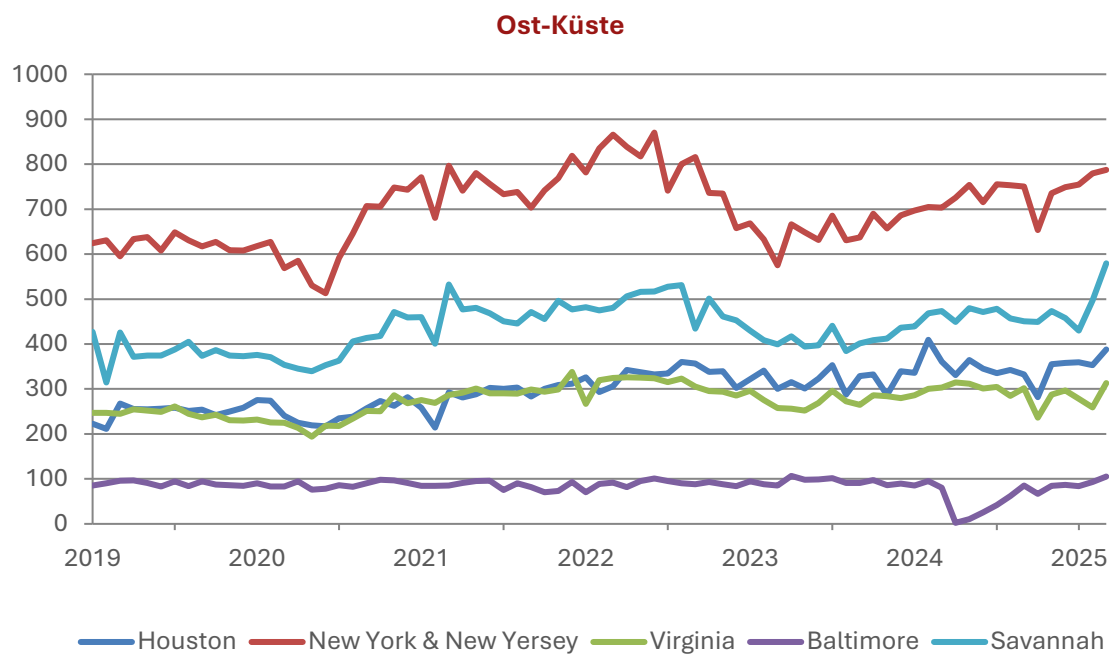
In den Häfen der Ostküste ist in den Monaten Januar bis März dieses Jahres ein deutlicher Anstieg des Containerumschlags festzustellen. Die Entwicklung der Zeitreihen deutet, wie andere Indikatoren auch, auf einen recht deutlichen Vorzieheffekt bei den Importen hin. In den Häfen an der US-amerikanischen Westküste, insbesondere in den Häfen Long Beach und Los Angeles, zeigt sich ein etwas anderes Bild. In diesen Häfen ist der Containerumschlag schon Ende des vergangenen Jahres deutlich gestiegen. Zudem ist der Containerumschlag dort bereits wieder deutlich zurückgegangen. Auch dies deutet auf ein Vorziehen von chinesischen Exporten in die USA bereits während der Phase vor den Wahlen hin. Die Einführung der Zölle selbst und die Aussetzung sind in diesen Daten noch nicht sichtbar.

Insgesamt ist zu erwarten, dass die US-amerikanische Zollpolitik erhebliche Auswirkungen auf den Warenaustausch zwischen den USA und den betroffenen Handelspartnern hat. Darauf deuten derzeit vor allem die Reaktionen der Exporteure auf die Ankündigung der Maßnahmen hin. Die Einführung der Zölle selbst hatte bisher in den vorliegenden Daten noch keine deutlich sichtbaren Auswirkungen auf den Containerumschlag. Allerdings waren die Maßnahmen auch nur kurze Zeit in Kraft und Daten für April liegen nur für einen Teil der Häfen vor.

Schaubild

Containerumschlag in ausgewählten Häfen der USA

2019,1 bis 2025,4; in Tsd. TEU



Eigene Berechnungen nach Angaben von Macrobond.

2. Binnennachfrage erhält Impulse von der Wirtschaftspolitik

In der zweiten Jahreshälfte dürften sich die konjunkturellen Auftriebskräfte etwas verstärken. Zwar dürften die außenwirtschaftlichen Belastungen durch die höheren Zölle für US-Importe von Stahl und Aluminium bestehen bleiben. In dieser Prognose ist aber sowohl unterstellt, dass es zu keinen Gegenmaßnahmen von Seiten der EU kommt, als auch, dass die USA keine weiteren Zölle erheben. Da diese Annahmen mit erheblicher Unsicherheit verbunden sind, sind auch weiterhin dämpfende Effekte durch die erhöhte handelspolitische Unsicherheit zu erwarten. Dies dürfte die deutschen Exporte in der zweiten Jahreshälfte weiter dämpfen. Die zunehmende Nachfrage nach deutschen Waren und Dienstleistungen aus anderen Weltregionen dürfte diese Effekte aber nach und nach kompensieren.

Den außenwirtschaftlichen Belastungen treten in der zweiten Jahreshälfte zunehmend stützende binnenwirtschaftliche Impulse gegenüber. Die zuletzt zu beobachtende Verbesserung der Stimmung bei Unternehmen und Verbrauchern dürfte zu einem nicht unbedeutenden Teil mit Erwartungen an die Fähigkeit der neuen Bundesregierung zu einem echten Neustart verbunden sein. Damit diese Stimmungsaufhellung auch tatsächlich zu einer steigenden Investitions- und Konsumbereitschaft führt, müssen in den kommenden Wochen und Monaten auch vonseiten der Bundesregierung die Weichen tatsächlich für mehr Wachstum gestellt werden. Mit dem Investitionsprogramm und nun auch mit den jüngsten Beschlüssen des Koalitionsausschusses sind einige Voraussetzungen dafür geschaffen worden. Weitere Schritte müssen aber nun folgen. In diesem Konjunkturbericht wird unterstellt, dass der Bund in der zweiten Jahreshälfte die Ausgaben deutlich steigert, auch wenn der Bundeshaushalt erst nach der Sommerpause verabschiedet wird. Die Impulse werden zum Ende des Jahres spürbar werden. Deutlichere Effekte sind aber erst im kommenden Jahr zu erwarten.

Darüber hinaus werden für die Prognose die folgenden Annahmen getroffen:

- Der Welthandel ist im vergangenen Jahr um 2,5% ausgeweitet worden. Vor dem Hintergrund der handelspolitischen Maßnahmen der US-Administration ist nun mit einer deutlichen Abschwächung der Dynamik zu rechnen. Im Jahresdurchschnitt 2025 dürfte der Welthandel angesichts des kräftigen Jahresauftakts aber noch um 2,2% zunehmen. Im kommenden Jahr dürfte das Expansionstempo dann nur noch 0,8% betragen.
- Der Preis für Rohöl (Sorte Brent) ist seit Jahresbeginn merklich gesunken. Nach einem Jahresdurchschnitt von rund 80 Dollar je Barrel im Jahr 2024 dürfte er im laufenden Jahr merklich niedriger liegen. Im Einklang mit den Terminnotierungen dürfte der Jahresdurchschnitt 2025 67 Dollar je Barrel betragen. Im Jahr 2026 dürfte er auf 64 Dollar je Barrel sinken.
- Die Großhandelspreise für Gas (TTF) sind seit Jahresbeginn deutlich auf derzeit 35 Euro je MWh gesunken. Die Futurepreise zeigen für den Prognosezeitraum eine stabile Entwicklung auf diesem Niveau an. Für den Jahresdurchschnitt 2025 erwarten wir daher 38 Euro je MWh, im kommenden Jahr dürfte sich ein Jahresdurchschnitt von 35 Euro je MWh ergeben.
- Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar wird im Prognosezeitraum auf dem zuletzt erreichten etwas höheren Niveau von 1,13 Dollar je Euro konstant fortgeschrieben.
- Die Tariflöhne auf Monatsbasis in der Abgrenzung des Statistischen Bundesamtes stiegen im abgelaufenen Jahr um 4,7%. Im Jahresdurchschnitt dürften die Tariflöhne 2025 und 2026 um 2,6% bzw. 2,5% steigen.

Bezüglich der Wirtschaftspolitik nehmen wir Folgendes an:

- Nachdem die Europäische Zentralbank (EZB) im vergangenen Jahr ihre Leitzinsen von den im Herbst 2023 erreichten Höchstständen um insgesamt einen Prozentpunkt gesenkt hatte,

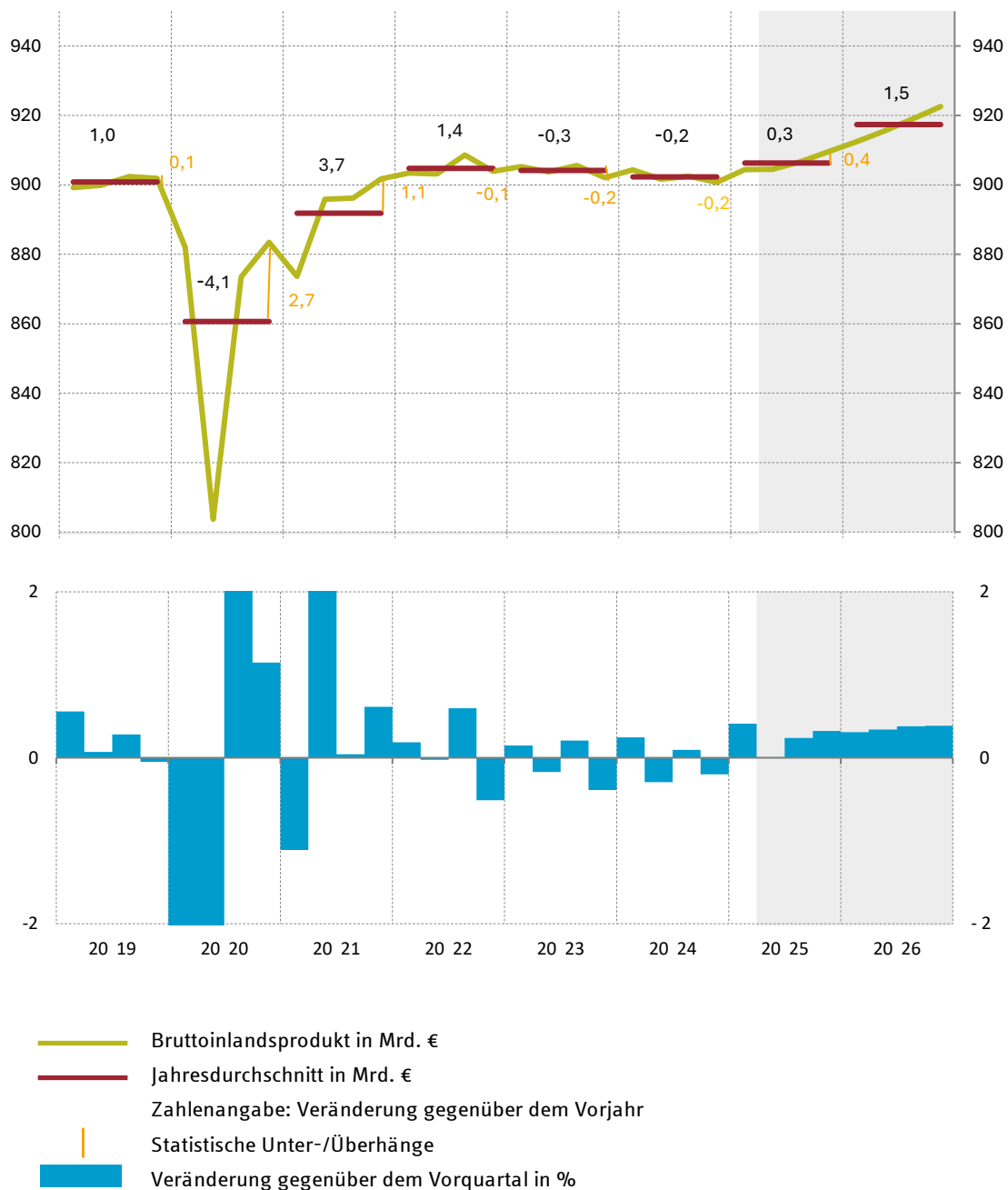
erfolgten im bisherigen Jahresverlauf vier weitere Schritte um insgesamt einen weiteren Prozentpunkt. In dieser Prognose wird davon ausgegangen, dass der Zinssatz für die Einlagefazilität nun für den Rest des Prognosezeitraums auf dem erreichten Niveau von 2,0% verbleibt.

- Die Finanzpolitik ist im Jahr 2025 restriktiv ausgerichtet. Im Jahr 2026 ist die Finanzpolitik hingegen expansiv ausgerichtet.

Schaubild 2

Bruttoinlandsprodukt in Deutschland

2019 bis 2026; real; Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. Ab dem zweiten Quartal 2025 eigene Prognose.

Vor diesem Hintergrund ist zu erwarten, dass der private Konsum nicht mit dem gleichen Tempo wie im ersten Quartal ausgeweitet wird. Die im Vergleich zu den Vorjahren deutlich schwächeren Zuwächse der real verfügbaren Einkommen und die sich erst allmählich verbessernden Arbeitsmarktperspektiven werden ihn wohl in moderatem Tempo steigen lassen. Die privaten Investitionen dürften angesichts niedrigerer Zinsen und einer steigenden öffentlichen Nachfrage im Prognosezeitraum aber in deutlich höherem Tempo ausgeweitet werden als zuvor. Allerdings bleiben die strukturellen Probleme, die zuletzt deutlicher zutage getreten sind, weiter bestehen und begrenzen auch das kurzfristige Erholungspotenzial der deutschen Wirtschaft. Insgesamt dürfte das gesamtwirtschaftliche Expansionstempo in der zweiten Jahreshälfte wieder zunehmen. Im Jahresdurchschnitt ist eine Ausweitung des BIP in diesem Jahr von 0,3% zu erwarten (Tabelle 1). Im kommenden Jahr, wenn die Impulse der öffentlichen Investitionen zunehmen, dürfte das BIP um 1,5% ausgeweitet werden (Schaubild 2). Der Zuwachs liegt damit deutlich über dem Zuwachs des Produktionspotenzials, der im kommenden Jahr bei etwa 0,3% liegen dürfte. Die Produktionslücke dürfte damit im kommenden Jahr deutlich zurückgehen.

Tabelle 1
Statistische Komponenten der Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts

2023 bis 2026; in %

	2023	2024	2025 ^p	2026 ^p
Statistischer Überhang ¹	-0,1	-0,2	-0,2	0,4
Jahresverlaufsrate ²	-0,2	-0,1	1,0	1,4
Durchschnittliche Veränderung, kalenderbereinigt	-0,1	-0,2	0,4	1,2
Kalendereffekt ³	-0,2	0,0	-0,1	0,3
Durchschnittliche Veränderung	-0,3	-0,2	0,3	1,5

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. – ¹Saison- und kalenderbereinigtes BIP im vierten Quartal des Vorjahres in % des Quartalsdurchschnitts des Vorjahres. – ²Veränderung des saison- und kalenderbereinigten BIP im vierten Quartal gegenüber dem vierten Quartal des Vorjahres. – ³In % des realen BIP. – ^pEigene Prognose.

2.1 Außenhandel von Zollstreit belastet

Zu Beginn dieses Jahres wurde der deutsche Außenhandel überraschend stark ausgeweitet. So stiegen die Exporte im ersten Quartal um 3,2%. Dieser Zuwachs ist zu einem großen Teil auf die höheren Ausfuhren in Länder außerhalb der Europäischen Union zurückzuführen – insbesondere in die USA. Ausschlaggebend dürften hier Vorzieheffekte gewesen sein, ausgelöst durch die Ankündigung neuer Importzölle durch die US-Regierung. Besonders positiv entwickelte sich der Handel mit Vorleistungsgütern. Auch die Importe legten im ersten Quartal zu – mit einer Wachstumsrate von 1,1% im Einklang mit der verbesserten Binnenkonjunktur.

Für das zweite Quartal ist nun mit einer Gegenbewegung zu rechnen. Da die höheren Zölle nur bis Juli ausgesetzt sind und eine endgültige Einigung zwischen der EU und den USA nicht abzu-sehen ist, ist das genaue Ausmaß schwer zu schätzen. Angesichts der verschlechterten Stim-mungsindikatoren, der rückläufigen Auftragseingänge aus dem Ausland sowie der schwachen Produktionszahlen erwarten wir einen Rückgang der Exporte im 0,7%. Auch die Importe dürften im laufenden Quartal leicht um 0,3% sinken.

In der aktuellen Prognose werden die jüngst angekündigten US-Zölle nicht unmittelbar berück-sichtigt, da aufgrund der laufenden Verhandlungen zwischen der US-Regierung und der Europä-ischen Kommission sowohl der genaue Startzeitpunkt als auch die Höhe der Zölle derzeit

schwer abschätzbar sind. Dennoch ist insgesamt von einer Eintrübung der globalen Handelsaktivitäten auszugehen, die auch kurzfristig den deutschen Außenhandel belasten dürfte.

Im weiteren Jahresverlauf ist jedoch mit einer Erholung zu rechnen. Stützend wirken hierbei insbesondere die verbesserte Konjunktur innerhalb der EU sowie die verstärkte Nachfrage nach Infrastruktur- und Rüstungsgütern. Insgesamt dürften die Exporte im Jahr 2025 um 0,6% zurückgehen und im Jahr 2026 um 1,4% zulegen (Tabelle 2). Bei den Importen ist ein Anstieg von 1,1% im laufenden Jahr und von 1,9% im kommenden Jahr zu erwarten.

Auch die Dynamik bei den Außenhandelspreisen hat im ersten Quartal zugenommen: Die Exportpreise stiegen um 0,8%, die Importpreise um 1,5%. Vermutlich führten auch hier Vorzieheffekte zu einer Verknappung einzelner Güter und damit zu höheren Preisen.

Für das zweite Quartal deuten die Monatswerte der Spezialhandelsstatistik einen gegenteiligen Effekt an: Die Exportpreise dürften um 0,4%, die Importpreise um 1,1% sinken. Im weiteren Prognoseverlauf werden moderate Preissteigerungen erwartet – wobei sich die Terms of Trade voraussichtlich nicht verbessern werden.

Tabelle 2
RWI-Konjunkturprognose vom Juni 2025

2023 bis 2026, Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %

	2023	2024	2025 ^P	2026 ^P	Änderung zum März 2025		
					2024	2025	2026
Bruttoinlandsprodukt ¹	-0,3	-0,2	0,3	1,5	0,0	0,4	0,2
Verwendung ¹							
Konsumausgaben	-0,3	1,1	1,1	1,3	-0,1	0,5	0,3
Private Haushalte ²	-0,4	0,2	1,0	1,0	-0,1	0,8	0,0
Staat	-0,1	3,2	1,3	2,0	-0,3	-0,3	1,0
Anlageinvestitionen	-1,2	-2,7	1,0	3,2	0,0	1,2	0,2
Bauten	-3,4	-3,2	0,8	2,5	0,0	1,1	0,6
Ausrüstungen	-0,8	-5,4	0,0	4,3	0,1	0,5	-0,8
Sonstige Anlagen	4,7	3,9	3,3	3,5	0,0	2,7	0,9
Vorratsveränd. (Wachstumsbeitrag)	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	-1,0	0,1
Inländische Verwendung	-0,4	0,3	1,0	1,7	-0,1	-0,4	0,4
Außenbeitrag (Wachstumsbeitrag)	0,1	-0,5	-0,7	-0,1	0,1	0,8	-0,1
Ausfuhr	-0,3	-1,8	-0,6	1,4	-0,7	1,5	-0,8
Einfuhr	-0,6	-0,7	1,1	1,9	-0,9	-0,5	-0,5
Erwerbstätige ³ , in 1000	46 011	46 081	46 051	46 043	-1	14	21
Arbeitslose ⁴ , in 1000	2 609	2 787	2 946	2 914	0	38	41
Arbeitslosenquote ⁵ , in %	5,7	6,0	6,3	6,3	0,0	0,1	0,1
Verbraucherpreise ⁶	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Lohnstückkosten ⁷	6,9	5,7	3,4	1,4	0,1	-0,4	-0,5
Finanzierungssaldo des Staates ⁸							
in Mrd.€	-103,8	-115,6	-113,1	-129,7	3,2	-0,7	-8,1
in % des nominalen BIP	-2,5	-2,7	-2,6	-2,8	0,1	0,0	-0,1
Leistungsbilanzsaldo ⁹							
in Mrd.€	232,8	246,7	226,7	230,7	-2,0	45,1	48,8
in % des nominalen BIP	5,6	5,7	5,1	5,0	0,0	1,0	1,0

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, der Deutschen Bundesbank und der Bundesagentur für Arbeit. – ¹Preisbereinigt. – ²Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ³Im Inland. – ⁴Nationale Abgrenzung. – ⁵Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen. – ⁶Verbraucherpreisindex. – ⁷Arbeitnehmerentgelte je Beschäftigten bezogen auf das reale BIP je Erwerbstätigen. – ⁸In der Abgrenzung der VGR. – ⁹In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik. – ¹⁰In %-Punkten, Abweichungen rundungsbedingt möglich. – ^PPrognose.

2.2 Ausrüstungsinvestitionen vorerst nur dank Staat im Plus

Im ersten Quartal 2025 sind die Ausrüstungsinvestitionen insgesamt um 0,7% gegenüber dem Vorquartal gestiegen. Dieser Zuwachs resultierte jedoch ausschließlich aus einem kräftigen Anstieg der öffentlichen Ausrüstungsinvestitionen, die mit rund 10% erneut stark zulegten. Allein in den letzten zwei Quartalen zusammen genommen legten die Investitionen in diesem Bereich damit um beinahe 30% zu. Demgegenüber gingen die privaten Ausrüstungsinvestitionen im ersten Quartal um 0,5% zurück. Damit war die Entwicklung bei den privaten Ausrüstungsinvestitionen wie im RWI-Konjunkturbericht vom Frühjahr prognostiziert, während sich bei den öffentlichen nun ein positiverer Trend abzeichnet (Schmidt et al. 2025). Die anhaltende Ausweitung der öffentlichen Ausrüstungsinvestitionen deutet darauf hin, dass die seit Langem angekündigten erhöhten Verteidigungsausgaben nun tatsächlich umgesetzt werden.

Im weiteren Jahresverlauf dürfte die Entwicklung der privaten Ausrüstungsinvestitionen zunächst verhalten bleiben. Für das laufende Quartal ist von einer Stagnation auszugehen. Darauf deuten insbesondere die weiterhin schwachen Auftragseingänge hin, die sich im Aggregat seitwärts bewegen: Während sich die Lage bei den Automobilherstellern zuletzt etwas aufgehellt hat, sinken die Auftragseingänge im Maschinenbau weiter. Auch die Geschäftserwartungen und die Einschätzungen zur aktuellen Geschäftslage bei den Investitionsgüterherstellern stagnieren zuletzt auf niedrigem Niveau und zeigten noch keine Anzeichen einer nachhaltigen Trendwende. Ab dem kommenden Quartal dürfte sich das verbesserte Geschäftsklima in der Industrie insgesamt auch positiv auf die Investitionsgüterhersteller auswirken, nicht zuletzt durch die jüngst von der Bundesregierung angekündigten verbesserten Abschreibebedingungen. Eine moderate Belebung der privaten Investitionen erscheint daher erst in der zweiten Jahreshälfte wahrscheinlich. Die öffentlichen Ausrüstungsinvestitionen hingegen dürften ihren Wachstumskurs angesichts der geplanten Rüstungsprojekte im Prognosezeitraum fortsetzen.

Alles in allem dürften die Ausrüstungsinvestitionen in diesem Jahr lediglich stagnieren, bevor sie im nächsten Jahr wohl um 4,3% zulegen. Dabei dürften sich die privaten Ausrüstungsinvestitionen deutlich schwächer entwickeln (-2,4% in 2025 und 2,8% in 2026) als die öffentlichen (21,9% in 2025 und 15,1% in 2026).

Die Investitionen in sonstige Anlagen haben im ersten Quartal um 2% zugelegt. Hierbei zeigte sich ein gegenteiliges Bild zu den Ausrüstungsinvestitionen. Während die öffentlichen Investitionen in diesem Bereich um 1,6% zurückgingen, weiteten die privaten Akteure ihre Investitionen um 2,7% aus. In dem Maße wie die Bundesregierung die geplanten Mehrinvestitionen auch zur Digitalisierung der Verwaltung einsetzt, dürfte dieser Abstand in Zukunft zurückgehen. Insgesamt ist mit einem Zuwachs der Investitionen in sonstige Anlagen von 3,3% in diesem und 3,5% im nächsten Jahr zu rechnen.

2.3 Baurezession überwunden

Die Bauinvestitionen sind zuletzt zweimal in Folge ausgeweitet worden. Mit einem Zuwachs von 0,5% gegenüber dem Vorquartal zum Jahresbeginn hat sich die Aufwärtsbewegung des Jahresendes 2024 bestätigt. Die Erholung geht dabei maßgeblich vom öffentlichen Bau (1,3%) sowie vom Wohnungsbau (0,9%) aus, die beide deutlich dynamischer verliefen als bislang unterstellt, lediglich der Wirtschaftsbau schrumpfte weiterhin (-0,9%). Insgesamt scheint die Bauwirtschaft die Rezession überwunden zu haben.

Auch wenn der Zuwachs der Bauinvestitionen im laufenden Quartal etwas verhaltener ausfallen dürfte, ist ein erneuter Rückgang nicht zu erwarten. So zeigen die ifo Geschäftserwartungen sowie der Geschäftslage im gesamten Baugewerbe eine klare Aufwärtsentwicklung an. Diese dürfte kurzfristig vor allem im Wirtschaftsbau am stärksten sein. Die Auftragseingänge im Tiefbau (ohne Straßenbau) stiegen im März gegenüber dem Vormonat um bemerkenswerte 47%. Zwar schwankt diese Reihe stark von Monat zu Monat, jedoch stellt dieser Anstieg eine außergewöhnlich hohe Dynamik dar. Im Straßenbau hingegen bleibt eine Belebung bislang aus. Impulse aus dem Sondervermögen spiegeln sich in den Auftragseingängen bisher noch nicht wider. Allerdings liegt die Kapazitätsauslastung hier ohnehin bereits auf hohem Niveau. Noch deutlich höhere Investitionen in diesem Bereich lassen sich wohl nur durch den Aufbau neuer Kapazitäten und somit wohl erst im kommenden Jahr erwarten. Im Wohnungsbau ist die Trendwende erreicht. So ist bei den Auftragseingängen seit knapp einem Jahr ein Aufwärtstrend zu beobachten und auch die Baugenehmigungen weisen inzwischen eine leichte Aufwärtstendenz auf. Besonders deutlich fiel die Erholung zuletzt beim Neugeschäftsvolumen für private Wohnungsbaukredite aus, das im März trotz gestiegener Refinanzierungskosten erneut kräftig zulegte. Diese

Entwicklung deutet auf eine zunehmende Investitionsbereitschaft privater Haushalte hin. Die höheren Kreditzinsen infolge der erwarteten zusätzlichen Neuverschuldung des Bundes scheinen diese Tendenz bislang nicht zu bremsen. Gleichwohl bleibt die Kapazitätsauslastung im Hochbau weiterhin relativ schwach, und auch die ifo-Umfrage zur Bauaktivität im Mai zeigt einen leichten Rückgang gegenüber dem Vormonat – allerdings von einem hohen Niveau aus. Daher dürfte der Anstieg der Aktivität im Wohnungsbau in der zweiten Jahreshälfte noch stärker ausfallen als im aktuellen Quartal.

Alles in allem dürften die Bauinvestitionen in diesem Jahr zum ersten Mal seit 2020 auch im Jahresdurchschnitt wieder ausgeweitet werden (0,8%). Die positive Entwicklung dürfte sich im kommenden Jahr mit einem Wachstum von 2,5% noch verstärken. Dabei dürfte die Aktivität im öffentlichen Bau am stärksten steigen (2% in 2025 und 3,5% in 2026); im Wirtschaftsbau sind Zuwachsraten von 1,1% in diesem und 2% im nächsten Jahr zu erwarten. Im Wohnungsbau ist in diesem Jahr noch mit einem verhaltenen Wachstum von 0,4% zu rechnen, bevor die Investitionen in diesem Bereich im kommenden Jahr wohl um 2,5% steigen dürften.

2.4 Moderate Erholung des privaten Konsums

Der private Konsum ist mit einem unerwartet kräftigen Zuwachs von 0,5% im ersten Quartal des laufenden Jahres gestartet. Dies dürfte vor allem auf eine außergewöhnlich hohe Lohndrift im ersten Quartal 2025 zurückzuführen sein. Dies bedeutet, dass die tatsächlich gezahlten Löhne stärker gestiegen sind als die tariflich vereinbarten, so dass auch die real verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte aufgrund der nachlassenden Inflation deutlich gestiegen sind. Zudem hat wohl auch die relativ schnelle Regierungsbildung sowie die Reform der Schuldenbremse die Stimmung der Verbraucher verbessert. Beide Faktoren dürften dazu beigetragen haben, die politische Unsicherheiten zu reduzieren und das Vertrauen der Verbraucher zu stärken.

Für den weiteren Jahresverlauf ist zu erwarten, dass der private Konsum keine größere Dynamik entfalten wird. Ein Grund dafür ist, dass die real verfügbaren Einkommen deutlich langsamer steigen werden. Zum einen flachen sich die Lohnzuwächse ab. Zum anderen fällt die Inflationsausgleichsprämie weg. Zudem gehen wir davon aus, dass angesichts der sich nur allmählich verbessernden Arbeitsmarktperspektiven die Sparquote nur langsam sinkt.

Im weiteren Prognosezeitraum dürfte die nachlassende Inflation die Anschaffungsneigung erhöhen. Auch die niedrigeren Zinsen dürften den privaten Konsum stützen. Zudem dürfte eine leichte Abnahme der Arbeitslosigkeit bis zum Ende des Prognosezeitraums dazu beitragen, Beschäftigungsunsicherheiten zu verringern.

Insgesamt wird jedoch erwartet, dass der private Konsum im Prognosezeitraum nur eine moderate Wachstumsdynamik entfalten wird. Für das laufende und das kommende Jahr wird ein Zuwachs um 1% gegenüber dem Vorjahr prognostiziert.

2.5 Staatskonsum zieht an

Zu Beginn des laufenden Jahres wurde der Staatskonsum im Gegensatz zum Vorjahr nur schwach ausgeweitet. Grund hierfür war die vorläufige Haushaltsführung. Derzeit zeichnet sich ab, dass der Bundeshaushalt erst nach der Sommerpause im September verabschiedet wird, so dass der Staatskonsum erst dann stärker ausgeweitet werden dürfte. Im Jahresdurchschnitt 2025 dürfte der Zuwachs 1,3% betragen. Für das kommende Jahr sind durch den neuen Finanzrahmen und die Sondervermögen, insbesondere im Bereich Verteidigung höhere Wachstumsraten des Staatskonsums angelegt. Darüber hinaus bietet die Alterung der Gesellschaft einen Impuls für einen größeren Staatsverbrauch. Somit dürfte der öffentliche Konsum im Jahresdurchschnitt 2026 mit 1,9% etwas kräftiger steigen.

3. Licht am Ende des Tunnels im Verarbeitenden Gewerbe

Die Bruttowertschöpfung hat in Deutschland im ersten Quartal 2025 recht kräftig um 0,6% zugelegt und damit das erste Mal seit Ende des Jahres 2023 wieder zugenommen (Tabelle 3). Der Anstieg fiel im Verarbeitenden Gewerbe mit 1,6% kräftig aus. Auch in dem konsumnahen Wirtschaftszweig Handel, Verkehr, Gastgewerbe nahm die Wirtschaftsleistung mit 1,1% spürbar zu. Lediglich im Bau stagnierte die Wertschöpfung und in einigen Dienstleistungsbereichen, wie dem öffentlichen Dienst ging sie sogar zurück.

Für die Zunahme der Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe dürfte eine Vielzahl von Gründen verantwortlich sein. Im Allgemeinen hat sich die Stimmung in der deutschen Wirtschaft seit Beginn des Jahres deutlich verbessert, wie Unternehmensumfragen zum Geschäftsklima des ifo zeigen. Dies dürfte mit der Bildung der neuen Bundesregierung und dem angekündigten Sondervermögen im Zusammenhang stehen. In Übereinstimmung mit den aufgehellten Stimmungsindikatoren hat sich im ersten Quartal auch die Auftragslage der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe spürbar gegenüber dem Vorquartal verbessert). Zudem deuten Exportzahlen darauf hin, dass Unternehmen aus den USA aufgrund der angekündigten Importzölle auf EU-Waren einen Teil der geplanten Importe vorgezogen haben. Auch der Rückgang der Gaspreise seit Beginn des Jahres dürfte zu der Ausweitung der Wertschöpfung insbesondere in den energieintensiven Industriezweigen und in der Energieversorgung beigetragen haben.

Auch wenn sich nun eine Umkehr der seit langem abwärts gerichteten Produktion in der Industrie andeutet, befindet sich die deutsche Industrie weiterhin in einem strukturellen Anpassungsprozess. Faktoren wie die immer noch recht hohen Energiepreise, hohe bürokratische Hürden und die veränderte Rolle Chinas in der Weltwirtschaft belasten das Verarbeitende Gewerbe weiterhin. Dies spricht dafür, dass ein Großteil des Verlustes von Produktion im Verarbeitenden Gewerbe nicht wieder aufgeholt wird, sondern lediglich eine moderate Erholung zu erwarten ist.

Kurzfristig kommt hinzu, dass sich die ins erste Quartal vorgezogenen US-Exporte im zweiten Quartal dämpfend auf die Wertschöpfung in der Industrie auswirken dürften. Darauf deutet auch der Produktionsindex für April 2025 hin, der – trotz verbessertem Geschäftsklima – gegenüber dem Vormonat um 1,8% abgenommen hat. Ebenso werden US-Zölle auf Stahl und Aluminium und auf Produkte aus der Automobilbranche die Konjunktur im Verarbeitenden Gewerbe belasten. Dennoch deuten ifo Umfragen darauf hin, dass die Geschäftserwartungen am aktuellen Rand recht stabil sind und im Mai 2025 um 3,9% kräftig gestiegen sind. Auch der Auftragszugangindex hat im April erneut um 0,6 % zugenommen. Sollte die Stimmung trotz der strukturellen und außenwirtschaftlichen Herausforderungen sich weiter aufhellen, könnte eine ausgeweitete Investitionstätigkeit die Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe auch im zweiten Quartal und darüber hinaus zunehmen lassen. Im Jahr 2026 dürften außerdem das Sondervermögen Infrastruktur und die zusätzlichen Ausgaben für die Bundeswehr dem Verarbeitenden Gewerbe Impulse geben, aufgrund der Größe der Rüstungsindustrie jedoch nur in geringem Ausmaß.

Der kräftig gestiegene private Konsum im ersten Quartal spiegelt sich entstehungsseitig in einer Zunahme der Wertschöpfung im Gastgewerbe und Handel wider. In vielen anderen Wirtschaftszweigen wie dem Grundstücks- und Wohnungswesen und den Unternehmensdienstleistungen hat die wirtschaftliche Aktivität im ersten Quartal hingegen nur stagniert. In den Öffentlichen Dienstleistungen, die etwa ein Drittel der gesamten Wertschöpfung ausmachen, ist sie sogar um 0,2% zurückgegangen, nachdem sie in den Vorquartalen kräftig ausgeweitet wurde. Sollte sich die gesamtwirtschaftliche Stimmung jedoch weiter positiv entwickeln und der private Konsum weiter zunehmen, ist im weiteren Konjunkturverlauf mit einer langsamen Ausweitung der

Wertschöpfung in den Dienstleistern zu rechnen. Im Jahr 2026 dürfte das Sondervermögen Infrastruktur eine erhöhte wirtschaftliche Aktivität in den Öffentlichen Dienstleistern, den Unternehmensdienstleistern und dem Grundstücks- und Wohnungswesen fördern.

Im Jahr 2025 dürfte sich die Seitwärtsbewegung der deutschen Wirtschaft noch einmal fortsetzen. Das Exportmodell der deutschen Wirtschaft steht weiterhin unter Druck und der erratische außenwirtschaftliche Kurs der US-Regierung stellt ein weiteres Risiko dar. Sollte die Trump Administration Importzölle auf alle EU-Importe in Höhe von 50% erlassen, dürfte sich dies entstehungsseitig vor allem im Verarbeitenden Gewerbe niederschlagen und hier zu einem geringeren Wachstum führen. Alles in allem ist im Jahr 2025 nochmals mit einem leichten Rückgang der BWS um 0,1% zu rechnen. Für das kommende Jahr erwarten wir einen Anstieg der Wertschöpfung um 1,2%.

Tabelle 3

Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen¹

2024 bis 2025; Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %

	2024				2025			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Bruttoinlandsprodukt	0,2	-0,3	0,1	-0,2	0,4	0,0	0,2	0,3
Bruttowertschöpfung (A-T)	-0,5	-0,3	-0,4	-0,3	0,6	0,0	0,2	0,3
darunter:								
Produzierendes Gewerbe o. Baugewerbe (B-E)	-3,8	-0,4	-1,7	-0,8	1,5	0,0	0,3	0,5
Darunter								
Verarbeitendes Gewerbe (C)	-1,4	0,7	-1,4	-1,5	1,6	0,2	0,3	0,5
Energie-, Wasserversorgung, usw. (D-E)	-19,4	-0,9	-3,7	-2,5	4,4	0,1	0,2	0,3
Baugewerbe (F)	0,6	-2,8	-1,0	-0,1	0,0	0,2	0,3	0,3
Handel, Verkehr,								
Gastgewerbe (G-I)	0,4	-0,7	-0,1	0,6	1,1	0,0	0,2	0,3
Information und								
Kommunikation (J)	2,1	-0,2	-0,6	-0,3	1,7	0,6	0,6	0,4
Finanz- und Versicherungsdienstleister (K)	1,1	-0,5	-1,0	-1,6	-0,8	-0,1	-0,1	-0,1
Grundstücks- und Wohnungswesen (L)	0,6	0,1	-0,5	-0,4	0,2	0,2	0,2	0,3
Unternehmensdienstleister (M-N)	-0,2	0,2	-0,7	-0,3	0,0	0,0	0,1	0,3
Öffentliche Dienstleister (O-Q)	0,7	0,3	1,5	0,0	-0,2	0,2	0,2	0,3
Sonstige Dienstleister (R-T)	0,8	0,0	0,5	-0,3	-0,3	0,0	0,3	0,3

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. Weitere Quartals- und Jahreswerte finden sich im Anhang. – ¹Saison- und kalenderbereinigte Werte.

4. Stabilisierung am Arbeitsmarkt in Sicht

Im ersten Quartal 2025 blieb die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland saisonbereinigt gegenüber dem Vorquartal unverändert. Dass die Erwerbstätigkeit im Vergleich zum Vorjahresquartal nicht weiter zurückging, war maßgeblich der positiven Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung zu verdanken.

Die Arbeitslosenzahl lag im Mai 2025 um 197.000 höher als im Mai des Vorjahres. Dennoch sank die Arbeitslosenquote gegenüber dem Vormonat leicht um 0,1 Prozentpunkte auf 6,2%. Im Vergleich zum Vorjahresmonat erhöhte sich die Quote jedoch um insgesamt 0,4 Prozentpunkte.

Inzwischen deuten aber einige Indikatoren darauf hin, dass weniger Unternehmen in Deutschland planen, Stellen abzubauen. So zeigen das IAB-Arbeitsmarktbarometer sowie das ifo-Beschäftigungsbarometer einen leicht positiven Trend. Daher ist zu erwarten, dass die Zahl der Erwerbstätigen in den kommenden Monaten moderat steigen wird. Allerdings verstärkt sich nun auch der Rückgang der Erwerbsbevölkerung zunehmend – ein Faktor, der den Fachkräftemangel weiter verschärfen dürfte und bereits jetzt viele Unternehmen vor Herausforderungen stellt.

Auch wenn sich die Lage am Arbeitsmarkt nicht weiter deutlich verschlechtert, bleibt eine deutliche Trendwende aus. Wir gehen in dieser Prognose davon aus, dass mit der erwarteten wirtschaftlichen Erholung in der zweiten Jahreshälfte 2025 die Arbeitslosigkeit bis zum Ende des Prognosezeitraums nur moderat zurückgeht. Die Arbeitsplatzverluste in Teilen des Verarbeitenden Gewerbes können dort nur zu einem geringen Teil ausgeglichen werden. Vielmehr dürften neue Stellen vor allem in den Dienstleistungsbereichen geschaffen werden, die für Arbeitskräfte aus der Industrie nicht attraktiv sind.

Insgesamt ist zu erwarten, dass die Arbeitslosenquote dieses Jahr auf durchschnittlich 6,3% steigen und im kommenden Jahr wieder leicht auf 6,2% sinken wird (Tabelle 4). Angesichts des demografisch bedingten Rückgangs der Erwerbsbevölkerung ist auch ein leichter Rückgang bei den Erwerbstätigenzahlen zu erwarten: Für dieses Jahr etwa um 30.000 Personen und für das kommende Jahr um weitere rund 8.000 Personen.

Tabelle 4

Arbeitsmarktbilanz

2020 bis 2026; Jahresdurchschnitt in 1 000 Personen

	2020	2021	2022	2023	2024	2025 ^P	2026 ^P
Arbeitsvolumen (Mill. Stunden)	59 066	60 456	61 211	61 437	61 355	61 340	61 537
Erwerbstätige Inland	44 966	45 053	45 675	46 011	46 081	46 051	46 043
Erwerbstätige Inländer	44 805	44 871	45 464	45 801	45 877	45 848	45 840
Selbständige	4 039	3 952	3 895	3 847	3 774	3 701	3 666
darunter:							
Förderung d.Selbständigkeit ¹	21	20	18	20	22	20	19
Arbeitnehmer (Inland)	40 927	41 101	41 781	42 164	42 307	42 350	42 377
darunter:							
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	33 579	33 897	34 507	34 790	34 934	34 976	34 970
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	4 290	4 101	4 125	4 198	4 180	4 141	4 123
Unterbeschäftigte (ohne Kurzarbeiter)	3 488	3 368	3 185	3 448	3 577	3 637	3 564
darunter:							
Registrierte Arbeitslose	2 695	2 613	2 418	2 609	2 787	2 946	2 914
Aktivierung und berufliche Eingliederung	173	173	161	155	147	124	124
Berufliche Weiterbildung	181	178	171	184	210	233	253
„Ein-Euro-Jobs“	100	97	92	85	73	55	36
Gründungszuschuss	18	17	16	17	20	19	18
Kurzarbeiter	2 939	1 852	426	241	239	239	239
Unterbeschäftigte (einschl. Kurzarbeiter) ²	4 705	4 254	3 346	3 522	3 661	3 710	3 637
nachrichtlich:							
Arbeitslosenquote ³	5,9	5,7	5,3	5,7	6,0	6,3	6,2
Erwerbslosenquote ⁴	3,3	3,3	2,9	2,8	3,2	3,4	3,3

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, der Bundesagentur für Arbeit und des IAB.

-¹Überbrückungsgeld, Existenzgründungszuschuss, Einstiegsgeld, Gründungszuschuss. -²Vollzeitaquivalente. -

³Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit; bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen. -⁴Abgrenzung der International Labour Organization; bezogen auf alle inländischen Erwerbspersonen. - ^PEigene Prognose, Angaben gerundet.

5. Verlangsamte Lohndynamik im kommenden Jahr

Während die Tarifverdienste im Jahr 2024 noch kräftig um 4,7% gestiegen sind, wird für dieses Jahr ein deutlich moderateres Wachstum erwartet. Ein wesentlicher Grund dafür ist das Auslaufen der Inflationsausgleichsprämie Ende 2024, die zuvor als bedeutender Sondereffekt das Lohnwachstum stark getrieben hatte. Im tarifgebundenen Bereich wurden diese Sonderzahlungen oft verzögert ausgezahlt, während sie im nicht-tarifgebundenen Bereich früher erfolgten. Zudem können jährliche Sonderzahlungen bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten verschoben oder gestrichen werden; in einigen Fällen wurden tarifliche Lohnerhöhungen sogar ausgesetzt, um Arbeitsplätze zu sichern. Einer dieser Fälle ist die Volkswagen-Gruppe.

Nachdem die Reallöhne 2024 deutlich zugelegt hatten, wird für die kommenden Jahre eine insgesamt moderatere Reallohnentwicklung erwartet, auch weil der Nachholeffekt aus der Hochinflationsphase allmählich ausläuft. Für dieses Jahr erwarten wir einen Anstieg der Tariflöhne um etwa 2,6%. Die Effektivverdienste (Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer) dürften im Jahresverlauf um bis zu 3,4% zurückgehen aufgrund des Wegfalls der Inflationsausgleichsprämien.

6. Langsamer Inflationsrückgang setzt sich fort

Die Inflation lag im Mai voraussichtlich bei 2,1%. Sinkende Energiepreise sowie eine niedrige Teuerungsrate bei den übrigen Waren trugen dazu bei, dass die Inflationsrate in diesem Jahr kontinuierlich, wenn auch langsam, zurückgegangen ist. Die Nahrungsmittelpreise sind im Vergleich zum Vorjahresmonat mit 2,8% stärker gestiegen als die Gesamtinflation. Auch die Teuerung im Dienstleistungssektor liegt mit voraussichtlich 3,4% deutlich über der allgemeinen Inflationsrate. Dennoch lässt auch hier der Preisauftrieb allmählich nach: So betrug die durchschnittliche monatliche Veränderung in den Monaten Januar bis Mai voraussichtlich 0,4%, während sie im gleichen Zeitraum des Vorjahres noch bei 0,5% lag.

Die Preissteigerungen im Dienstleistungssektor stellen zum Teil einen Nachholeffekt dar, da viele Dienstleister verzögert auf frühere Preisniveausteigerungen reagiert haben. Inzwischen ist der vorübergehende Preisniveauunterschied zwischen Waren und Dienstleistungen jedoch weitgehend ausgeglichen. Auch aufgrund der nachlassenden Lohndynamik dürfte die Teuerung im Dienstleistungssektor im Prognosezeitraum weiter zurückgehen. Dienstleistungen werden jedoch voraussichtlich im laufenden Jahr weiterhin überdurchschnittlich zur Gesamtteuerung beitragen.

Für dieses Jahr werden weiterhin leicht sinkende Energiepreise und für das Jahr 2026 leicht steigende Preise erwartet. Hierzu dürfte die zu erwartende Erhöhung des nationalen CO₂-Preises für Brennstoffe innerhalb des eröffneten Preiskorridors ab Beginn des nächsten Jahres einen Beitrag leisten. Die im Koalitionsvertrag der Bundesregierung vereinbarte Stromsteuersenkung auf das europäische Mindestmaß würde temporär starken Abwärtsdruck auf die Preise ausüben. Diese Maßnahme wurde jedoch in der vorliegenden Prognose nicht berücksichtigt, da ihre konkrete Umsetzung noch unklar ist. Insgesamt wird erwartet, dass die Verbraucherpreise im Jahr 2025 um 2,2% und im Jahr 2026 um 2,0% steigen werden.

7. Neuer Finanzrahmen sorgt bald für steigende Ausgaben

Anfang des Jahres 2025 hat der Bundestag mit der neuen Finanzverfassung die Weichen für höhere staatliche Ausgaben gestellt. Bis die erweiterten Möglichkeiten zur Aufnahme neuer Schulden und für Ausgaben aus Sondervermögen jedoch spürbar genutzt werden, dürfte noch etwas Zeit vergehen und das gesamtstaatliche Finanzierungsdefizit mit 113 Mrd. Euro im Jahr

2025 gegenüber dem Vorjahr sogar leicht sinken. Neue Projekte, deren Finanzierung nun möglich ist, haben wegen der erforderlichen Planung und Beschaffung gewisse Vorlaufzeiten, so dass sich Impulse auf die staatlichen Ausgaben erst ab dem kommenden Jahr materialisieren. Dann ist mit einem starken Anstieg des Finanzierungsdefizits auf 131 Mrd. Euro zu rechnen.

Einnahmeseitig dürfte im Prognosezeitraum ebenso mit kräftigen Zuwächsen zu rechnen sein. Die Steuereinnahmen dürften von einer dynamischen Entwicklung der Lohnsteuer unter anderem durch das Wegfallen der abgabenfreien Inflationsausgleichsprämie gestützt werden. Bei den gewinnabhängigen Steuern ist hingegen wegen der anhaltenden Konjunkturschwäche vorübergehend mit einem kräftigen Rückgang zu rechnen. Der größte Beitrag zu steigenden Einnahmen stammt von höheren Sozialbeiträgen. Hierzu trägt neben dem Wegfall der Inflationsausgleichsprämie insbesondere die deutliche Erhöhung des effektiven Beitragssatzes zur Krankenversicherung bei. Auch im Jahr 2026 dürften die Sozialbeiträge weiter zulegen, wenngleich mit etwas geringerer Dynamik.

Die Arbeitnehmerentgelte dürften im laufenden Jahr ebenso wie die monetären Sozialleistungen etwas schwächer steigen als noch im Vorjahr. Der Ausgabenposten, der im Prognosezeitraum am kräftigsten wächst, sind die Bruttoinvestitionen. Sie werden von den freiwerdenden Mitteln aus den Sondervermögen für die Bundeswehr und für Infrastruktur angetrieben.

Ausweislich der Saldenmethode ist die Finanzpolitik im Prognosezeitraum mit zunehmender Dynamik expansiv ausgerichtet (Tabelle 5). In Relation zum Bruttoinlandsprodukt dürfte das Finanzierungsdefizit des Staates im Jahr 2025 mit 2,6% etwas kleiner sein als im vergangenen Jahr. Im kommenden Jahr steigt das Defizit wohl allerdings wieder auf 2,9% des Bruttoinlandsprodukts. Durch den kleineren Einfluss der Konjunkturkomponente dürfte der strukturelle Primärsaldo im Jahr 2026 mit -1,5% in Relation zum Produktionspotenzial stark negativ ausfallen.

Die Maastricht-Schuldenstandsquote der öffentlichen Haushalte dürfte über 63% im Jahr 2025 auf etwa 64% zum Ende des Jahres 2026 steigen.

Tabelle 5

Finanzierungssaldo, struktureller Finanzierungssaldo und struktureller Primärsaldo des Staates

in Prozent des Bruttoinlandsprodukts, bzw. des Produktionspotenzials

	2022	2023	2024	2025 ^P	2026 ^P
Finanzierungssaldo des Staates	-2,1	-2,5	-2,7	-2,6	-2,9
-Konjunkturkomponente ¹	0,1	-0,5	-0,8	-0,8	-0,3
=konjunkturbereinigter Fin.-saldo	-2,2	-2,0	-1,8	-1,7	-2,6
-Einmaleffekte ²	-0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
=struktureller Finanzierungssaldo	-2,2	-2,0	-1,8	-1,7	-2,6
+Zinsausgaben	0,7	0,9	1,1	1,1	1,1
=struktureller Primärsaldo	-1,5	-1,1	-0,8	-0,6	-1,5

¹Berechnet mit Budgetsemielastizität von 0,55, ² Zahlungen an Betreiber von Kernkraftwerken, ^PEigene Prognose, Finanzierungssaldo in Relation zum Bruttoinlandsprodukt, alle anderen Werte in Relation zum Produktionspotenzial.

8. Risiken

Gegenwärtig zeichnet sich erneut eine Erholung der Wirtschaftsaktivität in Deutschland ab. Dass es dazu kommt, ist nicht gesichert, sondern hängt von einer Reihe von Faktoren ab.

So sind insbesondere die negativen Effekte der Zollpolitik auf die deutsche Wirtschaft bislang begrenzt. Dies liegt vor allem daran, dass die Maßnahmen bisher nur für kurze Zeit in Kraft waren, so dass sich ihre volle Wirkung nicht entfalten konnte. Sollten die derzeit von der US-Regierung nur ausgesetzten Zölle auf Importe aus der EU wieder in Kraft treten sind deutlich stärkere negative Wirkungen zu erwarten als in der Prognose unterstellt.

Darüber hinaus basiert die Prognose auf der Annahme, dass die Ausweitung der öffentlichen Investitionen, deren Ankündigung zur Verbesserung der Stimmung in der deutschen Wirtschaft beigetragen hat, zum Ende des Jahres tatsächlich spürbar wird. Sollte es allerdings nicht gelingen, diese Mittel effektiv zur Steigerung des Produktionspotenzials einzusetzen, verpufft ein deutlicher Teil dieser Maßnahmen. Um dies zu verhindern, ist es notwendig, die Kapazitäten in den betroffenen Wirtschaftszweigen auszuweiten, da die Kapazitäten bereits vor in Kraft treten dieser Maßnahmen hoch ausgelastet waren.

Gelingt dies nicht, würden die Preiseffekte überwiegen, ohne dass es zu einer realen Ausweitung der Produktionskapazitäten kommt. Sollte die Planung der Maßnahmen mehr Zeit in Anspruch nehmen als in dieser Prognose unterstellt, dürften die Nachfrageimpulse der Investitionsmittel im Prognosezeitraum ebenfalls geringer ausfallen. In beiden Fällen könnten die Erwartungen der privaten Unternehmen in den kommenden Monaten enttäuscht werden, so dass mit einem deutlichen Rückschlag bei den privaten Investitionen zu rechnen wäre.

Die Erhöhung der öffentlichen Investitionen ist ein Baustein zur Verbesserung der Standortbedingungen in Deutschland. Sie reichen aber nicht aus. Die Bereitschaft zu vermehrten privaten Investitionen in Deutschland dürfte daran hängen, ob eine erhebliche Verbesserung der Standortbedingungen gelingt. Im Koalitionsausschuss wurden weitere Maßnahmen vereinbart, um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu erhöhen. Dazu gehören die Senkung von Unternehmenssteuern, die Senkung der Strompreise und verbesserte Abschreibungsbedingungen. Sollten diese Maßnahmen rasch umgesetzt werden könnte es auch zu einer deutlich stärkeren Ausweitung der Investitionen kommen. Sollten weitere Maßnahmen unterbleiben könnten geplante Investitionen sogar in größerem Umfang wieder zurückgenommen werden.

9. Literatur

Döhrn, R., G. Barabas, B. Blagov, A. Fuest, P. Jäger, R. Jessen, M. Micheli und S. Rujin (2018), Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Aufschwung setzt sich fort, Gefährdungen nehmen zu. *RWI Konjunkturberichte* 69 (3): 21-56.

Schmidt, T., B. Blagov, E. Coschignano, M. Dirks, D. Grozea-Helmenstein, N. Isaak, F. Kirsch, C. Krause, S. Kotz, P. Schacht-Picozzi und K. Weyerstraß (2025), Frühjahr 2025: Deutsche Wirtschaft weiter im Leerlauf. RWI Konjunkturberichte, 76, A01

Anhang

Tabelle A1

Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen¹

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2023	2024	2025	2026
Bruttoinlandsprodukt	-0,3	-0,2	0,3	1,5
Bruttowertschöpfung (A-T)	0,2	-0,3	-0,1	1,2
darunter:				
Produzierendes Gewerbe o. Baugewerbe (B-E)	0,1	-2,8	0,0	1,5
darunter				
Verarbeitendes Gewerbe (C)	0,5	-2,9	0,0	1,5
Energie-, Wasserversorgung, usw. (D-E)	-1,9	-2,5	0,2	1,6
Baugewerbe (F)	-0,8	-3,8	-0,8	2,2
Handel, Verkehr,				
Gastgewerbe (G-I)	-1,8	0,2	-0,9	0,8
Information und				
Kommunikation (J)	3,3	2,1	2,0	1,7
Finanz- und Versicherungsdienstleister (K)	-1,0	-0,5	-2,7	-0,3
Grundstücks- und Wohnungswesen (L)	0,9	0,9	0,0	1,1
Unternehmensdienstleister (M-N)	0,1	0,1	-0,5	1,2
Öffentliche Dienstleister (O-Q)	1,3	2,0	0,9	1,4
Sonstige Dienstleister (R-T)	1,8	1,1	0,0	1,0

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. – ¹Real.

Tabelle A2**Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen¹**

Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %

	2023				2024			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Bruttoinlandsprodukt	0,1	-0,2	0,2	-0,4	0,2	-0,3	0,1	-0,2
Bruttowertschöpfung (A-T)	0,0	-0,1	0,1	1,0	-0,5	-0,3	-0,4	-0,3
darunter:								
Produzierendes Gewerbe o. Baugewerbe (B-E)	-0,5	-0,5	-1,1	4,4	-3,8	-0,4	-1,7	-0,8
darunter								
Verarbeitendes Gewerbe (C)	2,1	-2,2	-1,3	0,0	-1,4	0,7	-1,4	-1,5
Energie-, Wasserversorgung, usw. (D-E)	-7,8	-2,8	-2,4	41,2	-19,4	-0,9	-3,7	-2,5
Baugewerbe (F)	4,0	-0,6	-0,6	-1,6	0,6	-2,8	-1,0	-0,1
Handel, Verkehr,								
Gastgewerbe (G-I)	-1,4	-0,2	0,6	0,0	0,4	-0,7	-0,1	0,6
Information und								
Kommunikation (J)	2,6	-0,3	0,2	0,7	2,1	-0,2	-0,6	-0,3
Finanz- und Versicherungsdienstleister (K)	-0,8	0,0	-0,2	-0,5	1,1	-0,5	-1,0	-1,6
Grundstücks- und Wohnungswesen (L)	-0,1	0,1	0,7	0,3	0,6	0,1	-0,5	-0,4
Unternehmensdienstleister (M-N)	-0,7	0,4	0,3	0,5	-0,2	0,2	-0,7	-0,3
Öffentliche Dienstleister (O-Q)	0,4	0,1	0,7	-0,2	0,7	0,3	1,5	0,0
Sonstige Dienstleister (R-T)	1,8	-0,3	0,5	-0,2	0,8	0,0	0,5	-0,3

	2025				2026			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Bruttoinlandsprodukt	0,4	0,0	0,2	0,3	0,3	0,3	0,4	0,4
Bruttowertschöpfung (A-T)	0,6	0,0	0,2	0,3	0,3	0,3	0,4	0,4
darunter:								
Produzierendes Gewerbe o. Baugewerbe (B-E)	1,5	0,0	0,3	0,5	0,4	0,3	0,3	0,3
darunter								
Verarbeitendes Gewerbe (C)	1,6	0,2	0,3	0,5	0,4	0,3	0,3	0,3
Energie-, Wasserversorgung, usw. (D-E)	4,4	0,1	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Baugewerbe (F)	0,0	0,2	0,3	0,3	0,4	0,5	0,6	0,6
Handel, Verkehr,								
Gastgewerbe (G-I)	1,1	0,0	0,2	0,3	0,3	0,3	0,4	0,4
Information und								
Kommunikation (J)	1,7	0,6	0,6	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3
Finanz- und Versicherungsdienstleister (K)	-0,8	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1
Grundstücks- und Wohnungswesen (L)	0,2	0,2	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Unternehmensdienstleister (M-N)	0,0	0,0	0,1	0,3	0,3	0,3	0,4	0,4
Öffentliche Dienstleister (O-Q)	-0,2	0,2	0,2	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4
Sonstige Dienstleister (R-T)	-0,3	0,0	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. – ¹Saison- und kalenderbereinigte Werte.

Tabelle A3**Hauptaggregate der Sektoren**

2023; in Mrd. €

Gegenstand der Nachweisung	Volks- wirt- schaft	Kapital- gesell- schaften	Staat	Private. Haus- halte	Übrige Welt
1 = Bruttowertschöpfung	3 820,9	2 595,4	444,7	780,8	–
2 – Abschreibungen	856,0	470,5	115,2	270,3	–
3 = Nettowertschöpfung	2 964,8	2 125,0	329,5	510,4	- 97,5
4 – Gel. Arbeitnehmerentgelte	2 223,6	1 614,0	337,6	272,0	19,3
5 – Gel. s. Produktionsabgaben	38,6	28,0	0,3	10,3	–
6 + Empf. s. Subventionen	55,5	53,4	0,2	1,9	–
7 = Betriebsüberschuss u.Ä.	758,2	536,4	- 8,3	230,0	- 187,0
8 + Empf. Arbeitnehmerentgelte	2 229,0	–	–	2 229,0	13,8
9 – Gel. Subventionen	84,5	–	84,5	–	4,0
10 + Empf. Prod.- u. Imp.abgaben	428,0	–	428,0	–	8,3
11 – Gel. Vermögenseinkommen	1 033,4	956,4	36,6	40,4	377,2
12 + Empf. Vermögenseinkommen	1 178,9	669,9	31,4	477,6	231,7
13 = Primäreinkommen	3 476,2	249,9	330,1	2 896,3	- 314,3
14 – Gel. Eink.- u. Verm.steuern	519,5	128,4	–	391,1	14,4
15 + Empf. Eink.- u. Verm.steuern	533,3	–	533,3	–	0,7
16 – Gel. Sozialbeiträge	862,1	–	–	862,1	3,5
17 + Empf. Sozialbeiträge	860,8	150,1	709,9	0,8	4,8
18 – Gel. mon. Sozialleistungen	740,4	82,6	657,0	0,8	0,7
19 + Empf. mon. Sozialleistungen	730,6	–	–	730,6	10,5
20 – Gel. s. lauf. Transfers	439,8	253,7	91,9	94,2	90,6
21 + Empf. s. lauf. Transfers	382,0	223,4	33,4	125,2	148,5
22 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	3 421,0	158,7	857,8	2 404,6	- 259,2
23 – Konsumausgaben	3 110,8	–	905,2	2 205,6	–
24 + Zunahme betr. Vers.ansprüche	–	- 57,7	–	57,7	–
25 = Sparen	310,3	100,9	- 47,4	256,7	- 259,2
26 – Gel. Vermögenstransfers	105,1	15,4	74,4	15,3	7,2
27 + Empf. Vermögenstransfers	87,7	48,1	19,4	20,1	24,6
28 – Bruttoinvestitionen	907,1	507,3	117,1	282,7	–
29 + Abschreibungen	856,0	470,5	115,2	270,3	–
30 – Nettoz. an nichtprod. Verm.gütern	19,1	19,4	- 0,5	0,2	- 19,1
31 = Finanzierungssaldo	222,6	77,4	- 103,8	249,0	- 222,6
Nachrichtlich:					
32 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	3 421,0	158,7	857,8	2 404,6	- 259,2
29 + Soziale Sachleistungen	–	–	- 554,6	554,6	–
34 = Verfüg. Eink. (Verbrauchskonzept)	3 421,0	158,7	303,1	2 959,2	- 259,2

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

Noch: Hauptaggregate der Sektoren
2024; in Mrd. €

Gegenstand der Nachweisung	Volks- wirt- schaft	Kapital- gesell- schaften	Staat	Private. Haus- halte	Übrige Welt
1 = Bruttowertschöpfung	3 899,6	2 620,0	469,2	810,4	–
2 – Abschreibungen	886,8	487,1	119,4	280,2	–
3 = Nettowertschöpfung	3 012,8	2 132,9	349,7	530,2	- 98,8
4 – Gel. Arbeitnehmerentgelte	2 350,2	1 704,1	358,3	287,8	20,0
5 – Gel. s. Produktionsabgaben	41,5	30,6	0,3	10,6	–
6 + Empf. s. Subventionen	64,0	61,7	0,2	2,2	–
7 = Betriebsüberschuss u.Ä.	685,2	460,0	- 8,7	233,9	- 188,9
8 + Empf. Arbeitnehmerentgelte	2 355,9	–	–	2 355,9	14,2
9 – Gel. Subventionen	54,4	–	54,4	–	9,8
10 + Empf. Prod.- u. Imp.abgaben	441,8	–	441,8	–	5,6
11 – Gel. Vermögenseinkommen	1 100,6	1 007,6	46,1	46,9	431,7
12 + Empf. Vermögenseinkommen	1 248,2	742,5	34,3	471,4	284,1
13 = Primäreinkommen	3 576,1	194,9	366,9	3 014,3	- 326,5
14 – Gel. Eink.- u. Verm.steuern	539,0	128,2	–	410,8	14,8
15 + Empf. Eink.- u. Verm.steuern	553,1	–	553,1	–	0,7
16 – Gel. Sozialbeiträge	910,9	–	–	910,9	3,7
17 + Empf. Sozialbeiträge	909,6	153,0	755,7	0,8	5,0
18 – Gel. mon. Sozialleistungen	787,8	84,7	702,3	0,8	0,8
19 + Empf. mon. Sozialleistungen	777,7	–	–	777,7	10,9
20 – Gel. s. lauf. Transfers	464,4	271,2	90,4	102,7	98,1
21 + Empf. s. lauf. Transfers	402,7	237,2	31,4	134,1	159,8
22 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	3 517,1	101,0	914,4	2 501,7	- 267,5
23 – Konsumausgaben	3 230,6	–	960,2	2 270,4	–
24 + Zunahme betr. Vers.ansprüche	–	- 57,7	–	57,7	–
25 = Sparen	286,4	43,3	- 45,9	289,0	- 267,5
26 – Gel. Vermögenstransfers	113,6	13,2	84,4	16,1	8,4
27 + Empf. Vermögenstransfers	91,2	50,7	20,6	19,9	30,8
28 – Bruttoinvestitionen	905,7	503,0	125,7	277,1	–
29 + Abschreibungen	886,8	487,1	119,4	280,2	–
30 – Nettoz. an nichtprod. Verm.gütern	16,4	16,6	- 0,2	0,0	- 16,4
31 = Finanzierungssaldo	228,7	48,3	- 115,6	296,0	- 228,7
Nachrichtlich:					
32 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	3 517,1	101,0	914,4	2 501,7	- 267,5
29 + Soziale Sachleistungen	–	–	- 594,9	594,9	–
34 = Verfüg. Eink. (Verbrauchskonzept)	3 517,1	101,0	319,5	3 096,6	- 267,5

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

Noch: Hauptaggregate der Sektoren 2025; in Mrd. €

Gegenstand der Nachweisung	Volks- wirt- schaft	Kapital- gesell- schaften	Staat	Private. Haus- halte	Übrige Welt
1 = Bruttowertschöpfung	3 992,0	2 669,0	484,5	838,5	–
2 – Abschreibungen	919,0	501,7	123,5	293,8	–
3 = Nettowertschöpfung	3 073,1	2 167,3	360,9	544,8	- 98,6
4 – Gel. Arbeitnehmerentgelte	2 442,1	1 770,7	368,9	302,4	21,7
5 – Gel. s. Produktionsabgaben	44,4	32,8	0,3	11,3	–
6 + Empf. s. Subventionen	62,6	60,1	0,2	2,3	–
7 = Betriebsüberschuss u.Ä.	649,2	424,0	- 8,1	233,4	- 161,0
8 + Empf. Arbeitnehmerentgelte	2 447,4	–	–	2 447,4	16,4
9 – Gel. Subventionen	53,8	–	53,8	–	9,2
10 + Empf. Prod.- u. Imp.abgaben	462,1	–	462,1	–	6,1
11 – Gel. Vermögenseinkommen	1 128,4	1 031,8	49,3	47,4	406,1
12 + Empf. Vermögenseinkommen	1 291,9	774,0	37,1	480,8	242,7
13 = Primäreinkommen	3 668,4	166,2	388,0	3 114,2	- 311,1
14 – Gel. Eink.- u. Verm.steuern	545,0	124,3	–	420,7	14,8
15 + Empf. Eink.- u. Verm.steuern	559,1	–	559,1	–	0,8
16 – Gel. Sozialbeiträge	966,5	–	–	966,5	3,9
17 + Empf. Sozialbeiträge	965,4	155,7	808,9	0,8	5,1
18 – Gel. mon. Sozialleistungen	829,1	86,5	741,8	0,8	0,8
19 + Empf. mon. Sozialleistungen	818,5	–	–	818,5	11,3
20 – Gel. s. lauf. Transfers	478,6	276,1	94,0	108,4	100,9
21 + Empf. s. lauf. Transfers	419,1	245,7	32,5	140,8	160,4
22 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	3 611,2	80,7	952,7	2 577,8	- 254,0
23 – Konsumausgaben	3 338,7	–	994,2	2 344,4	–
24 + Zunahme betr. Vers.ansprüche	–	- 57,4	–	57,4	–
25 = Sparen	272,5	23,4	- 41,6	290,7	- 254,0
26 – Gel. Vermögenstransfers	107,6	13,7	77,6	16,3	8,0
27 + Empf. Vermögenstransfers	86,3	45,5	20,6	20,2	29,3
28 – Bruttoinvestitionen	937,5	517,6	138,4	281,6	–
29 + Abschreibungen	919,0	501,7	123,5	293,8	–
30 – Nettoz. an nichtprod. Verm.gütern	14,3	15,0	- 0,3	- 0,4	- 14,3
31 = Finanzierungssaldo	218,4	24,2	- 113,1	307,3	- 218,4
Nachrichtlich:					
32 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	3 611,2	80,7	952,7	2 577,8	- 254,0
29 + Soziale Sachleistungen	–	–	- 624,9	624,9	–
34 = Verfüg. Eink. (Verbrauchskonzept)	3 611,2	80,7	327,8	3 202,7	- 254,0

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

Noch: Hauptaggregate der Sektoren
2026; in Mrd. €

Gegenstand der Nachweisung	Volks- wirt- schaft	Kapital- gesell- schaften	Staat	Private. Haus- halte	Übrige Welt
1 = Bruttowertschöpfung	4 135,5	2 761,2	498,3	876,0	–
2 – Abschreibungen	949,4	518,2	127,7	303,5	–
3 = Nettowertschöpfung	3 186,1	2 243,0	370,6	572,5	- 98,8
4 – Gel. Arbeitnehmerentgelte	2 515,6	1 824,1	378,0	313,5	23,5
5 – Gel. s. Produktionsabgaben	47,6	35,3	0,3	12,0	–
6 + Empf. s. Subventionen	63,2	60,5	0,2	2,4	–
7 = Betriebsüberschuss u.Ä.	685,9	444,1	- 7,6	249,4	- 159,5
8 + Empf. Arbeitnehmerentgelte	2 520,9	–	–	2 520,9	18,3
9 – Gel. Subventionen	54,3	–	54,3	–	9,2
10 + Empf. Prod.- u. Imp.abgaben	476,0	–	476,0	–	6,4
11 – Gel. Vermögenseinkommen	1 147,7	1 047,6	51,3	48,8	439,6
12 + Empf. Vermögenseinkommen	1 317,7	790,9	41,2	485,6	269,6
13 = Primäreinkommen	3 798,5	187,4	404,1	3 207,0	- 314,0
14 – Gel. Eink.- u. Verm.steuern	554,3	127,9	–	426,4	14,9
15 + Empf. Eink.- u. Verm.steuern	568,5	–	568,5	–	0,8
16 – Gel. Sozialbeiträge	998,5	–	–	998,5	4,1
17 + Empf. Sozialbeiträge	997,5	158,1	838,6	0,8	5,1
18 – Gel. mon. Sozialleistungen	848,9	77,7	770,3	0,8	0,8
19 + Empf. mon. Sozialleistungen	838,0	–	–	838,0	11,6
20 – Gel. s. lauf. Transfers	493,3	281,7	97,8	113,9	101,9
21 + Empf. s. lauf. Transfers	434,9	253,1	34,0	147,9	160,2
22 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	3 742,5	111,3	977,0	2 654,2	- 258,0
23 – Konsumausgaben	3 443,9	–	1 029,8	2 414,1	–
24 + Zunahme betr. Vers.ansprüche	–	- 57,0	–	57,0	–
25 = Sparen	298,6	54,3	- 52,8	297,0	- 258,0
26 – Gel. Vermögenstransfers	109,2	14,0	78,7	16,5	8,0
27 + Empf. Vermögenstransfers	88,2	42,6	24,9	20,6	29,0
28 – Bruttoinvestitionen	990,0	545,9	151,2	292,9	–
29 + Abschreibungen	949,4	518,2	127,7	303,5	–
30 – Nettoz. an nichtprod. Verm.gütern	12,8	14,2	- 0,3	- 1,1	- 12,8
31 = Finanzierungssaldo	224,1	41,1	- 129,7	312,7	- 224,1
Nachrichtlich:					
32 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	3 742,5	111,3	977,0	2 654,2	- 258,0
29 + Soziale Sachleistungen	–	–	- 656,5	656,5	–
34 = Verfüg. Eink. (Verbrauchskonzept)	3 742,5	111,3	320,5	3 310,7	- 258,0

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

Tabelle A4

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2025 bis 2026

	2023	2024	2025	2026	2025		2026	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
1. Entstehung des Inlandsprodukts								
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Erwerbstätige	0,7	0,2	- 0,1	0,0	- 0,1	0,0	0,0	0,0
Arbeitsvolumen	0,4	- 0,1	0,0	0,3	- 0,1	0,0	0,1	0,5
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	- 0,4	- 0,3	0,0	0,3	0,1	0,0	0,1	0,6
Produktivität ¹	- 0,6	- 0,1	0,3	1,2	- 0,1	0,8	1,0	1,3
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	- 0,3	- 0,2	0,3	1,5	- 0,2	0,8	1,1	1,9
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen								
a) Mrd. EUR								
Konsumausgaben	3 110,8	3 230,6	3 338,7	3 443,9	1 631,6	1 707,1	1 681,4	1 762,6
Private Haushalte ²	2 205,6	2 270,4	2 344,4	2 414,1	1 145,7	1 198,8	1 179,1	1 235,0
Staat	905,2	960,2	994,2	1 029,8	486,0	508,3	502,2	527,5
Anlageinvestitionen	899,9	898,5	931,6	984,3	449,7	481,9	471,0	513,3
Bauten	466,1	464,8	482,0	507,5	235,7	246,2	246,4	261,1
Ausrüstungen	275,7	265,3	271,5	288,8	128,1	143,4	134,6	154,1
Sonstige Anlageinvestitionen	158,0	168,4	178,1	188,0	85,8	92,2	90,0	98,0
Vorratsveränderung ³	7,2	7,2	6,0	5,7	12,7	- 6,7	12,5	- 6,8
Inländische Verwendung	4 017,9	4 136,3	4 276,2	4 434,0	2 094,0	2 182,3	2 164,9	2 269,1
Außenbeitrag	167,7	169,0	139,3	136,0	79,2	60,1	80,9	80,5
Nachrt: in Relation zum BIP in %	4,0	3,9	3,2	3,0	3,6	2,7	3,6	3,5
Exporte	1 816,6	1 799,6	1 812,3	1 849,5	901,8	910,5	913,1	936,4
Importe	1 649,0	1 630,6	1 673,0	1 713,5	822,6	850,4	834,6	879,0
Bruttoinlandsprodukt	4 185,6	4 305,3	4 415,5	4 569,9	2 173,2	2 242,4	2 243,4	2 326,5
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Konsumausgaben	5,6	3,9	3,3	3,2	3,6	3,1	3,0	3,3
Private Haushalte ²	6,3	2,9	3,3	3,0	3,3	3,2	2,9	3,0
Staat	4,1	6,1	3,5	3,6	4,4	2,8	3,4	3,8
Anlageinvestitionen	4,9	- 0,2	3,7	5,7	2,3	5,0	4,7	6,5
Bauten	4,4	- 0,3	3,7	5,3	2,5	4,8	4,5	6,0
Ausrüstungen	4,8	- 3,8	2,4	6,3	- 0,3	4,9	5,1	7,5
Sonstige Anlageinvestitionen	6,2	6,6	5,7	5,6	6,1	5,4	4,8	6,3
Inländische Verwendung	4,7	2,7	2,3	2,0	4,0	2,8	3,4	4,0
Exporte	0,4	- 0,9	0,7	2,1	- 1,0	2,4	1,3	2,8
Importe	- 3,6	- 1,1	2,6	2,4	3,0	2,2	1,5	3,4
Bruttoinlandsprodukt	5,9	2,9	2,6	3,5	2,2	2,9	3,2	3,8
3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2015)								
a) Mrd. EUR								
Konsumausgaben	2 677,0	2 705,5	2 735,3	2 769,8	1 346,2	1 389,2	1 360,3	1 409,5
Private Haushalte ²	1 881,9	1 885,3	1 904,2	1 922,6	934,5	969,6	942,3	980,3
Staat	795,2	820,7	831,8	848,0	412,0	419,8	418,5	429,6
Anlageinvestitionen	730,8	711,4	718,7	741,9	348,0	370,7	356,5	385,4
Bauten	346,4	335,2	337,8	346,3	166,1	171,8	169,1	177,2
Ausrüstungen	239,3	226,3	226,3	236,1	107,0	119,3	110,3	125,8
Sonstige Anlageinvestitionen	147,4	153,1	158,1	163,6	76,2	81,9	78,5	85,1
Inländische Verwendung	3 442,7	3 452,7	3 488,3	3 546,8	1 717,4	1 770,9	1 740,0	1 806,8
Exporte	1 526,9	1 499,1	1 489,7	1 510,9	741,7	748,0	747,3	763,6
Importe	1 351,9	1 342,3	1 356,6	1 382,5	667,0	689,6	675,4	707,0
Bruttoinlandsprodukt	3 615,5	3 607,1	3 618,8	3 672,6	1 790,9	1 828,0	1 810,6	1 862,0
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Konsumausgaben	- 0,3	1,1	1,1	1,3	1,2	1,0	1,1	1,5
Private Haushalte ²	- 0,4	0,2	1,0	1,0	0,8	1,2	0,8	1,1
Staat	- 0,1	3,2	1,3	2,0	2,0	0,7	1,6	2,3
Anlageinvestitionen	- 1,2	- 2,7	1,0	3,2	- 0,3	2,3	2,4	4,0
Bauten	- 3,4	- 3,2	0,8	2,5	- 0,4	1,9	1,9	3,2
Ausrüstungen	- 0,8	- 5,4	0,0	4,3	- 2,5	2,4	3,1	5,4
Sonstige Anlageinvestitionen	4,7	3,9	3,3	3,5	3,3	3,3	3,0	3,9
Inländische Verwendung	- 0,4	0,3	1,0	1,7	1,4	0,7	1,3	2,0
Exporte	- 0,3	- 1,8	- 0,6	1,4	- 2,6	1,4	0,8	2,1
Importe	- 0,6	- 0,7	1,1	1,9	1,0	1,1	1,3	2,5
Bruttoinlandsprodukt	- 0,3	- 0,2	0,3	1,5	- 0,2	0,8	1,1	1,9

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2015=100)

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Private Konsumausgaben ²	6,7	2,7	2,2	2,0	2,5	2,0	2,1	1,9
Konsumausgaben des Staates	4,2	2,8	2,2	1,6	2,3	2,1	1,8	1,4
Anlageinvestitionen	6,1	2,6	2,6	2,4	2,7	2,6	2,3	2,4
Bauten	8,1	3,0	2,9	2,7	2,9	2,8	2,6	2,8
Ausrüstungen	5,7	1,7	2,4	1,9	2,2	2,5	1,9	1,9
Exporte	0,7	0,9	1,3	0,6	1,7	1,0	0,5	0,7
Importe	-3,0	-0,4	1,5	0,5	2,0	1,1	0,2	0,8
Bruttoinlandsprodukt	6,1	3,1	2,2	2,0	2,4	2,0	2,1	1,9

5. Einkommensentstehung und –verteilung

a) Mrd. EUR

Primäreinkommen der privaten HH ²	2 896,3	3 014,3	3 114,2	3 207,0	1 524,2	1 590,0	1 574,2	1 632,8
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	383,0	402,6	426,5	440,2	207,4	219,2	214,9	225,3
Bruttolöhne und –gehälter	1 846,0	1 953,3	2 020,9	2 080,7	963,9	1 051,9	998,3	1 077,1
Übrige Primäreinkommen ⁴	667,2	658,4	666,8	686,1	350,1	316,7	358,1	328,0
Primäreinkommen der übr. Sektoren	579,9	561,8	554,2	591,5	262,2	292,0	269,6	321,9
Nettonationaleink. (Primäreink.)	3 476,2	3 576,1	3 668,4	3 798,5	1 786,4	1 882,0	1 843,8	1 954,7
Abschreibungen	856,0	886,8	919,0	949,4	456,2	462,8	471,3	478,1
Bruttonationaleinkommen	4 332,2	4 462,8	4 587,4	4 747,9	2 242,5	2 344,8	2 315,1	2 432,9
nachrichtlich:								
Volkseinkommen	3 132,7	3 188,7	3 260,1	3 376,8	1 583,7	1 676,3	1 634,4	1 742,4
Arbeitnehmerentgelt	2 229,0	2 355,9	2 447,4	2 520,9	1 174,1	1 273,4	1 216,1	1 304,8
Unternehmens- und Verm.einkomm.	903,7	832,8	812,6	855,9	409,6	403,0	418,3	437,6

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Primäreinkommen der privaten HH ²	6,0	4,1	3,3	3,0	3,4	3,2	3,3	2,7
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	4,0	5,1	5,9	3,2	6,6	5,3	3,6	2,8
Bruttolöhne und –gehälter	7,4	5,8	3,5	3,0	4,1	3,8	3,6	2,5
Bruttolöhne und –gehäl. je Besch.	6,4	5,4	3,4	2,9	3,4	3,3	3,5	2,4
Übrige Primäreinkommen ⁴	3,5	-1,3	1,3	2,9	1,4	1,1	2,3	3,6
Primäreinkommen der übr. Sektoren	1,6	-3,1	-1,4	6,7	-2,6	-0,2	2,8	10,2
Nettonationaleink. (Primäreink.)	5,3	2,9	2,6	3,5	2,5	2,7	3,2	3,9
Abschreibungen	7,7	3,6	3,6	3,3	3,5	3,8	3,3	3,3
Bruttonationaleinkommen	5,7	3,0	2,8	3,5	2,7	2,9	3,2	3,8
nachrichtlich:								
Volkseinkommen	6,6	1,8	2,2	3,6	2,0	2,4	3,2	3,9
Arbeitnehmerentgelt	6,8	5,7	3,9	3,0	4,0	3,7	3,6	2,5
Unternehmens- und Verm.einkomm.	6,2	-7,8	-2,4	5,3	-3,3	-1,5	2,1	8,6

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte²

a) Mrd. EUR

Masseneinkommen	1 857,9	1 971,8	2 042,1	2 097,7	982,8	1 059,2	1 010,9	1 086,8
Nettolöhne und –gehälter	1 286,5	1 364,1	1 403,4	1 444,6	665,5	737,9	689,3	755,3
Monetäre Sozialleistungen	730,6	777,7	818,5	838,0	406,6	411,9	413,1	425,0
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	159,2	170,0	179,9	184,9	89,3	90,6	91,4	93,5
Übrige Primäreinkommen ⁴	667,2	658,4	666,8	686,1	350,1	316,7	358,1	328,0
Sonstige Transfers (Saldo) ⁵	- 120,5	- 128,5	- 131,1	- 129,7	- 62,9	- 68,1	- 62,5	- 67,3
Verfügbares Einkommen	2 404,6	2 501,7	2 577,8	2 654,2	1 270,1	1 307,7	1 306,6	1 347,6
Zunahme betriebl. Versorgungsanspr.	57,7	57,7	57,4	57,0	27,9	29,5	27,7	29,3
Konsumausgaben	2 205,6	2 270,4	2 344,4	2 414,1	1 145,7	1 198,8	1 179,1	1 235,0
Sparen	256,7	289,0	290,7	297,0	152,3	138,5	155,2	141,8
Sparquote (%)⁶	10,4	11,3	11,0	11,0	11,7	10,4	11,6	10,3

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Masseneinkommen	8,4	6,1	3,6	2,7	3,7	-4,6	2,9	-5,5
Nettolöhne und –gehälter	9,5	6,0	2,9	2,9	2,8	2,9	3,6	2,4
Monetäre Sozialleistungen	6,1	6,4	5,2	2,4	5,8	4,7	1,6	3,2
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	6,9	6,8	5,8	2,8	6,9	4,7	2,4	3,2
Übrige Primäreinkommen ⁴	3,5	-1,3	1,3	2,9	1,4	1,1	2,3	3,6
Verfügbares Einkommen	6,9	4,0	3,0	3,0	2,9	3,2	2,9	3,0
Konsumausgaben	6,3	2,9	3,3	3,0	3,3	3,2	2,9	3,0
Sparen	8,1	12,6	0,6	2,2	-1,1	2,6	1,9	2,4

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

7. Einnahmen und Ausgaben des Staates ⁷

a) Mrd. EUR

Einnahmen								
Steuern	961,3	994,9	1021,2	1044,5	503,4	517,8	515,4	529,2
Nettosozialbeiträge	709,9	755,7	808,9	838,6	394,1	414,8	410,7	427,9
Vermögenseinkommen	31,4	34,3	37,1	41,2	19,2	17,9	21,6	19,6
Sonstige Transfers	33,4	31,4	32,5	34,0	14,2	18,3	14,8	19,1
Vermögenstransfers	19,4	20,6	20,6	24,9	9,0	11,6	10,3	14,6
Verkäufe	165,5	185,1	193,5	201,6	89,2	104,3	93,0	108,6
Sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1921,2	2022,2	2113,9	2185,0	1029,1	1084,8	1065,9	1119,1
Ausgaben								
Vorleistungen ⁸	626,4	676,5	703,6	733,4	338,5	365,1	352,1	381,3
Arbeitnehmerentgelt	337,6	358,3	368,9	378,0	178,9	190,1	182,9	195,1
Vermögenseinkommen (Zinsen)	36,6	46,1	49,3	51,3	24,0	25,2	25,6	25,6
Subventionen	84,5	54,4	53,8	54,3	24,4	29,3	24,7	29,6
Monetäre Sozialleistungen	657,0	702,3	741,8	770,3	368,2	373,6	384,2	386,1
Sonstige laufende Transfers	91,9	90,4	94,0	97,8	45,3	48,7	47,2	50,6
Vermögenstransfers	74,4	84,4	77,6	78,7	31,4	46,2	32,3	46,4
Bruttoinvestitionen	117,1	125,7	138,4	151,2	59,7	78,7	63,8	87,4
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-0,5	-0,2	-0,3	-0,3	-0,2	-0,1	-0,2	-0,1
Insgesamt	2025,0	2137,8	2227,0	2314,7	1070,3	1156,7	1112,7	1202,1
Finanzierungssaldo	-103,8	-115,6	-113,1	-129,72	-41,17	-71,97	-46,76	-82,96

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Einnahmen								
Steuern	0,1	3,5	2,6	2,3	3,6	1,7	2,4	2,2
Nettosozialbeiträge	6,4	6,5	7,0	3,7	7,8	6,3	4,2	3,2
Vermögenseinkommen	68,7	9,2	8,2	11,1	7,0	9,4	12,5	9,6
Sonstige Transfers	14,5	-5,9	3,4	4,5	2,1	4,4	4,6	4,4
Vermögenstransfers	5,6	6,0	-0,2	21,1	-3,7	2,8	15,4	25,5
Verkäufe	4,6	11,8	4,5	4,2	5,0	4,1	4,2	4,2
Sonstige Subventionen	2,7	-13,0	3,0	0,0	6,4	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	3,7	5,3	4,5	3,4	5,3	3,8	3,6	3,2
Ausgaben								
Vorleistungen ⁸	3,2	8,0	4,0	4,2	5,1	3,0	4,0	4,4
Arbeitnehmerentgelt	5,3	6,1	3,0	2,5	3,3	2,7	2,3	2,7
Vermögenseinkommen (Zinsen)	31,2	26,0	7,0	4,1	4,5	9,4	6,7	1,5
Subventionen	25,3	-35,6	-1,2	1,0	-3,0	0,3	0,9	1,0
Monetäre Sozialleistungen	7,0	6,9	5,6	3,9	6,2	5,1	4,3	3,4
Sonstige laufende Transfers	-17,5	-1,5	3,9	4,0	3,9	4,0	4,1	3,9
Vermögenstransfers	-4,4	13,3	-8,0	1,4	-15,4	-2,1	2,7	0,4
Bruttoinvestitionen	4,4	7,3	10,1	9,3	8,1	11,7	6,9	11,1
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	4,5	5,6	4,2	3,9	4,3	4,1	4,0	3,9

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes – ¹Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. – ²Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ³Einschließlich Nettozugang an Wertsachen. – ⁴Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen. – ⁵Empfangene abzüglich geleisteter sonstiger Transfers. – ⁶Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche). – ⁷Gebietskörperschaften und Sozialversicherung. – ⁸Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.